

rundschreiben
04/25



medico international

Der neue Frieden



Nahost: Waffenstillstand in Gaza / Ukraine:
Das Sterben geht weiter / Brasilien: Massaker
in Rio de Janeiro

Auf einen Blick

medico-rundschreiben 04/25

- 4 Editorial
- 6 Ex-Erinnerungsweltmeister
Essay: Deutschlands
politisch-moralischer Bankrott



Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
60314 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
info@medico.de
www.medico.de

Redaktion:
Mario Neumann (verantw.),
Tsafrir Cohen, Moritz Krawinkel,
Christian Sälzer, Karoline Schaefer,
Anita Starosta
Gestaltung und Bildredaktion:
Andrea Schuldt
Korrektur: Helen Bauerfeind
Fotos der Autor:innen:
medico, privat

November 2025

Das medico-rundschreiben ist
auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

DAS STERBEN GEHT WEITER

- 14 Die Verdammten unserer Werte
Ein Besuch bei den Toten des
Ukraine-Krieges
- 19 Die unsichtbare Hand der Hilfe
Über den Ausverkauf der Ukraine
in Zeiten des Krieges
- 22 Aufschub der Feindseligkeiten
Mündet die Waffenruhe in Gaza in
eine gewalttätige Befriedung?
- 26 Der Wind hat sich gedreht
All Eyes on Gaza: Rückblick auf
die Großkundgebung in Berlin
- 28 Versöhnung im Stillen
Der Weg zum Frieden in Rojava
bleibt kompliziert

34 Projekte / Projektionen

Nothilfe auf den Philippinen,
Menschenrechte in Südafrika,
Flucht und Migration in Marokko



ES REICHT

38 Black Lives Matter

Nach dem Massaker in einer
Favela in Rio de Janeiro

41 Gegen Kirche und Staat

In Mexiko verteidigt ein
Kollektiv die Selbstbestimmung
von Schwangeren

44 Rolle rückwärts

Widerstand in Namibia gegen
deutsche Schaufensterpolitik

49 Dialektik der Hilfe

Ist weniger vielleicht mehr?
Ein Kommentar

50 Im Moment spricht die Straße

Interview zu den Jugendprotesten
in Süd- und Südostasien

54 Auf eigene Faust

Eine kollektive Krankenversiche-
rung für Textilarbeiter:innen in
Bangladesch

57 Gibt Rückendeckung

Die Arbeit der Stiftung medico
international

58 medico aktiv

Gesundheitsversorgung in Gaza,
Klimakampagne „Weltzerstörer vor
Gericht“, Autoritarismus in El
Salvador

60 Spenden & Stiften

... und Bestellen & Verbreiten

62 Kein Zuckerbrot beim Gartenfest

Letzte Seite: Das
medico-rundschreiben vor
25 Jahren

„Wir träumen von Frieden – doch erst müssen wir gewinnen“, heißt es zynisch bei K.I.Z. Man kann die Lage kaum besser auf den Punkt bringen.

Liebe Leser:innen,

acht Kriege hat US-Präsident Donald Trump in seiner zweiten Amtszeit angeblich schon beendet. Das verkündete er kürzlich bei einer Waffenstillstandszeremonie zwischen den von ihm frisch versöhnten Regierungen Thailands und Kambodschas. Den Friedensnobelpreis hätte er bekanntermaßen auch gerne bekommen – und angesichts der zumindest im Kreis der Mächtigen recht dürftigen Kandidatenlage sowie der diesjährigen Preisträgerin lacht man schon beim zweiten Nachdenken nicht mehr über diesen Vorschlag. Die realexistierende Alternative zum Kriegstaumel in Ost und West ist derzeit ein Frieden Trumpscher Prägung. Wiener Kongress oder Schlachtfeld.

Die Leerstelle, in der sich der selbst ernannte Friedensengel Trump breitmacht, sagt mehr über seine politischen Gegner als über ihn. Weit und breit ist nämlich, zumindest im freien Westen, niemand in Sicht: Der einzige Frieden, den viele Linke und Liberale derzeit noch zu kennen scheinen, ist der militärische Sieg ihrer eigenen Nationen oder ihrer Verbündeter. „Wir träumen von Frieden – doch erst müssen wir gewinnen“ heißt es zynisch bei K.I.Z., die neulich bei der von medico mitorganisierten Gaza-Kundgebung All Eyes on Gaza in Berlin auftraten. Man kann die Lage kaum besser auf den Punkt bringen.

In Gaza war der US-Präsident tatsächlich erfolgreich, zumindest im Schaufenster. Doch ob das brüchige Waffenstillstandsabkommen den Palästinenser:innen wirklich „ewig währenden Frieden“ bringt, ist eher

eine rhetorische Frage. Riad Othman beschreibt in diesem Rundschreiben, das den Raum zwischen Krieg und Frieden als etwas Graduelles erkundet, wie das Abkommen einerseits dem Alltag gewordenen Massensmord ein Ende setzt, der politische Geist aber bruchlos fortgesetzt wird, der ihn möglich machte.



Mario Neumann ist verantwortlicher Redakteur des medico-rundschreibens. Im vorderen Teil des Heftes schreibt er über seine jüngste Dienstreise in die Ukraine.

In Deutschland setzt man nach der „Beruhigung“ der Lage in Gaza traditionsbewusst auf Vergessen und Verdrängen: Übergang zur Tagesordnung statt Aufarbeitung des innen- wie außenpolitischen Totalversagens, das der Bundesrepublik erheblichen Schaden zugefügt hat. Wie die antifaschistische Erinnerungskultur in Deutschland sich in ein Medium deutschen Wiedererstarkens verwandeln konnte und warum sie ein wesentlicher Baustein deutscher Außenpolitik wie ihres Scheiterns ist, darüber schreibt Katja Maurer in einem längeren Essay zum Auftakt unseres Heftes. Er kündigt zugleich eine Konferenz in Zürich an, die von medico mitorganisiert wird und zu der viele internationale Redner:innen kommen, die in den letzten Jahren in Deutschland Sprechverbot erteilt bekommen haben.

In der Ukraine wird derweil einfach weitergekämpft. Während die Diskurse über die „Solidarität mit der Ukraine“ hierzulande vor allem westliche Omnipotenz suggerieren, hat ihre Realität bislang zu nicht viel mehr geführt als der endlosen Verlängerung eines Stellungskrieges mit Tausenden Toten pro Woche. Meine Kollegin Karoline Schaefer und ich schreiben über unsere Eindrücke von einem Krieg, der vielen mittlerweile endlos scheint.

Der zweite Teil des Heftes erzählt davon, wie eine neue Generation von Aktivist:innen aufbegehrt und wie andere, solidarische Formen des Zusammenlebens verteidigt werden. Berichte über die Arbeit von Partner:innen in Brasilien, Mexiko, Namibia und Bangladesch geben Einblicke, was nicht zuletzt mit Ihrer Hilfe möglich wird.

Dies ist die letzte Ausgabe des rundschreibens im Jahr 2025. Wir möchten diese Gelegenheit nutzen, uns bei Ihnen für Ihre Unterstützung und Treue zu bedanken. Das tun wir jedes Jahr, aber in den letzten Monaten haben sie uns und unseren Partnerorganisationen noch einmal unendlich mehr bedeutet. Es sind insofern gute Zeiten, um weiterzumachen.

Ihr Mario Neumann

Internationale Konferenz in Zürich, 5. und 6. Dezember 2025

Mit Adam Tooze, Ana Teixeira Pinto, Anselm Franke, Behzad Karim-Khani, Daniel Marwecki, Danilo Scholz, Diedrich Diederichsen, Dirk Moses, Emily Dische-Becker, Eran Schaefr, Erhard Schüttelz, Eva Menasse, Eyal Weizman, Katja Maurer, Nahed Samour, Patrick Bahners, Philip Ursprung, Schirin Amir Moazami, Sima Luipert, Simon Strick, Stefanie Schüller-Springorum, Sultan Doughtan, Teresa Koloma Beck, Tsafir Cohen, Yassin Elhaj-Saleh und anderen

Ex-Erinnerungs- weltmeister

Die Erinnerungskultur hat den moralischen Bankrott Deutschlands nicht verhindern können. Eine Konferenz in Zürich erkundet dieses Versagen

Von Katja Maurer

Nach zwei Jahren ist der israelische Vernichtungskrieg in Gaza insofern vorbei, dass spärliche Hilfslieferungen eintreffen und die Bombardierungen nicht unablässig stattfinden. Die deutschen Eliten in Politik, Medien und Kultur atmen auf. Man spürt ihre Hoffnung, der Rachefeldzug für den 7. Oktober könnte ein Betriebsunfall gewesen sein und sie könnten möglichst schnell zur Tagesordnung übergehen. Alles wird wieder gut, auch Deutschland. Es ist eine Hoffnung mit angehaltenem Atem. Ist das globale Gedächtnis für das Grauen von Gaza kurz genug?

Man muss davon ausgehen, dass der Mainstream in Deutschland in seiner Verblendung auf dieses Vergessen setzt. Russland-Angst und Migrationsfeindlichkeit bestimmen jedenfalls weiterhin die Debatte. Schon melden sich Stimmen im Politikbetrieb, die die Abhängigkeit des deutschen Militärs von israelischen Hightech-Waffen behaupten und deshalb auf eine schnelle Normalisierung der Beziehungen zu Israel setzen. Kanzler Merz hat bereits angekündigt, dass er keine Initiative der EU, die auf die israelische Regierung Druck ausüben könnte, durchgehen lassen wird. Die völkerrechtliche und ethische Frage, inwieweit sich

Deutschland der Komplizenschaft an einem Krieg schuldig gemacht hat, der einen tiefen Bruch der Nachkriegsordnung darstellt, wird hierzulande gar nicht erst diskutiert.

Der Weg in die Hölle ist bekanntlich mit guten Vorsätzen gepflastert. Hierzulande heißt das: Die israelische Sicherheit ist deutsche Staatsräson. Als Altkanzlerin Merkel diesen Satz in Israel sagte, schien er eher eine rhetorische Figur zu sein. In ihrem Diskurs ließ er sich noch mit der Öffnung der Grenzen verbinden. Er war noch nicht Teil des Antimigrationsdiskurses. Die Schriftstellerin und Holocaust-Überlebende Ruth Klüger bedankte sich 2016 im Deutschen Bundestag für dieses Zeichen der Mitmenschlichkeit und Großherzigkeit. Merkel ließ sich auch von der Kritik des jüdischen Zentralrats in Deutschland nicht abschrecken, der damals vor einem Anstieg des Antisemitismus in Deutschland wegen der vielen Flüchtlinge aus dem Nahen Osten warnte.

Anders als der damalige Vorsitzende Ignatz Bubis, der einer der Ersten war, der beim Angriff auf die Flüchtlingsunterkünfte in Rostock-Lichtenhagen auftauchte, profiliert sich Josef Schuster, seit 2014 amtierender Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, als steter

Warner vor Migration. Während Bubis für ein Selbstverständnis der jüdischen Gemeinden stand, die sich in solidarischer Beziehung mit anderen Minderheiten inmitten einer deutschen Mehrheitsgesellschaft sah, steht Schuster für eine fragwürdige deutsch-jüdische Renaissance. Ihr Fundament besteht in der Ablehnung der muslimisch geprägten Einwanderung. Das wäre eine Randbemerkung, würden die israelische Botschaft und ein derart aufgestellter Zentralrat nicht in erheblichem Maße die Israel-Politik der Bundesregierung bestimmen.

Schon vor dem Gaza-Krieg ist Deutschland still und leise ein anderes Land geworden. Erinnerungspolitische Kämpfe waren zwar bis Ende der 1980er-Jahre vom kulturellen Umsturz der 68er geprägt. Sie waren staatsfern und regierungskritisch. Spätestens mit der Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker 1985 anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes wurde diese Erinnerungskultur allerdings staatliche Geschichtspolitik. Weizsäcker erklärte den 8. Mai zum Tag der Befreiung – auch für die Deutschen. In der Frage, warum die deutschen Eliten angesichts des Gemetzels in Gaza moralisch so versagen, spielt diese Rede durchaus eine Rolle. Beredt ist, was Weizsäcker wegließ: Nämlich die Entwicklung seiner Familie in die NS-Verbrechen. Sein Vater stand in Nürnberg vor Gericht und wurde von ihm höchstpersönlich dort verteidigt. Wenn man sich heute fragt, wieso die Vertreter:innen deutscher Institutionen glauben, dass sie diejenigen sind, die am besten beurteilen können, wer als antisemitisch zu gelten hat, dann ist diese Auslassung Weizsäckers eine wichtige Spur. Antisemiten sind stets die anderen, nicht man selbst. Diese offenkundige Projektion führt unter vielen jungen Deutschen auch heute noch zu der Annahme, dass ihre Urgroßeltern nicht in Nazi-Kriegsverbrechen verwickelt gewesen seien.

Hinter dieser Abwehr der eigenen, eben auch persönlichen Geschichte, die eigentlich eine ständige Selbstbefragung über Generationen hinweg verlangen würde, verbirgt sich die politisch-moralische Identität der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft bis zur „Wende“. Die guten Beziehungen mit Israel, die von gegenseitigem wirtschaftlichen und für Deutschland auch moralischem Nutzen waren, ersetzten die Selbstbefragung. Als Hannah Arendt 1948 Deutschland bereiste, war sie entsetzt über das verbreitete Selbstverständnis der Deutschen, die sich vor allen Dingen als Opfer sahen: Opfer Hitlers, Opfer der Bombenkriege, Opfer der Besatzer. Gegen diese Täter-Opfer-Umkehr helfe nur eine Revolution, schrieb sie damals, in bitterer Kenntnis der antirevolutionären deutschen Geschichte.

Die 68er hatten es wenigstens versucht. Ihre kulturellen Errungenschaften wurden eingemeindet, ihre revolutionären Fragestellungen abgewickelt. Bei Weizsäcker war die NS-Zeit nur noch ein „Irrweg“, von dem wir befreit wurden. Die Rede formulierte einen neuen Konsens, der die Antagonismen zwischen den Generationen und politischen Parteien überbrücken sollte, schrieb der Medienwissenschaftler Schüttpelz in der Berlin Review. Der Widerstand bis hin zu den Kommunisten fand in der präsidentialen Rede anerkennende Worte. Wer sich für eine gerechte Erinnerungskultur einsetzte, schien hier erfolgreich angekommen. Nun stellt aber Schüttpelz die Frage, ob in dieser Rede mit ihren Auslassungen und mit der Wiederholung der „ganzen, ambivalenten deutschen Verdrängungsmaschinerie“ begründet liegt, warum ausgerechnet die Ewiggestrigen überlebt haben. Die AfD steht in Deutschland ante portas.

In der Weizsäcker-Rede taucht schon auf, was später kennzeichnend für die staatstragende Erinnerungskultur sein sollte, die nach 1990 das

identitäre Fundament des neuen Deutschlands ausmachte. Die Beziehungen zu Israel und das Wiederentstehen der jüdischen Gemeinden durch Sonderregelungen für jüdische Flüchtlinge aus der Sowjetunion waren nun nicht mehr Interessenspolitik, sondern der moralische Garant, dass Deutschland seine Geschichte bewältigt hatte. So entstand der Erinnerungsweltmeister Deutschland, mit dem sich selbst Rechtskonservative anfreunden konnten. Das war eine verblüffende Entsorgung der Vergangenheit, indem man ihre Bewältigung zum Marketing machte: Made in Germany.

Nun konnten weder Weizsäckers Rede noch der sogenannte Historikerstreit 1986 ff. vorhersehen, wie sehr sie die Grundlagen für eine staatstragende Erinnerungspolitik im neuen Deutschland sein würden, ja sogar eine Art „Nationbuilding“ des wiedervereinigten Deutschlands begründen sollten. Denn mit der Wiedervereinigung, die zugleich den antifaschistischen

Nur der Westen definierte, wo Auschwitzvergleiche angebracht waren. Völker- und Menschenrecht wurden im Mund geführt, aber von einem Humanitarismus der weißen Bevormundung durchwirkt.

Gründungsmythos der DDR auslöschte, wurden Geschichtspolitik und Erinnerungskultur zu den zentralen Projektionsflächen für ein Deutschland, das aus seiner Geschichte gelernt hatte. Es ging darum zu beweisen, dass von dem größeren gewordenen Deutschland keine militaristische oder nationalsozialistische Gefahr aus-

geht, dass Deutschland wieder gut geworden war. Von der DDR blieb nichts außer dem Ampelmännchen. Der Wiedervereinigungsprozess verschluckte sie und spuckte sie als Unrechtsstaat mitsamt ihrem antifaschistischen Beginn wieder aus.

Erinnerungskultur befasste sich von nun an vor allen Dingen mit der Schoah als singulärem Verbrechen, als Zivilisationsbruch, und erließ damit ein Vergleichsverbot. Antifaschistischer Widerstand kam nicht mehr vor, die Rolle der Sowjetunion bei der Beendigung der NS-Herrschaft reduzierte sich auf die auf ehemaligen KZ-Geländen errichteten Zwangslager nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Antizionismus der DDR wurde als linker Antisemitismus gelesen und somit das ganze linke universalistische Judentum sozialistischer Provinienz mitverteufelt. Ob das so geplant war, weiß man nicht. Es hat sich so ergeben. Dieses an Eindeutigkeit kaum zu überbietende Geschichtsbild hat die deutsche Politik in ihrer Ausrichtung noch westlicher gemacht. Die schöne Idee vom gemeinsamen Haus Europa, die der damals in Westdeutschland extrem beliebte Sowjetführer Gorbatschow wie eine Monstranz vor sich hertrug, machte sich das neue Deutschland nicht zu eigen. Daran anknüpfend hätte man sich statt der Holocaust-Erinnerung, die sich in einen Fetisch verwandelt hat, auch eine andere Art Nationenwerdung Deutschlands vorstellen können. So aber hatte der gute Westen gegen den bösen Osten gewonnen. Das deckte sich mit dem allgemeinen Selbstverständnis der westlichen Hegemonie.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die Berufung auf die Schoah als singuläres Menschheitsverbrechen zur neuen Legitimationsgrundlage Deutschlands, als Land der Täter, und des Westens wurde. Diese Universalisierung ermöglichte es, andere Menschheitsverbrechen wie die des Kolonia-

lismus und der Sklaverei hintanzustellen und so schließlich den Diskurs der weißen Überlegenheit zu stärken. Weiß gelesene Menschen waren zum Opfer des größten Menschheitsverbrechens geworden. Man muss in der Überlebenden-Literatur wirklich lange suchen, um eine solche Wahrnehmung bei den Holocaust-Opfern selbst zu finden. So stritt Simon Wiesenthal immer dafür, auch die Vernichtung von Sinti und Roma sowie psychisch beeinträchtigter Menschen als Teil des Holocausts, nämlich als Intention der völligen Vernichtung dieser Menschen, einzubeziehen. Auch der deutsche Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion mit seinen Millionen Toten und damit einer besonders brutalen Form des Siedlerkolonialismus fiel nach 1990 aus der staatlichen Gedenkkultur heraus. Der Zusammenhang von Judenvernichtung und Antibolschewismus wurde nicht weiter untersucht. Erst dieses Jahr erschien das Buch „Ein Krieg wie kein anderer“ des deutschen Historikers Jochen Hellbeck, der in den USA lehrt und es auf Englisch geschrieben hat. Er fordert darin nicht weniger als eine Revision der deutschen Geschichtsschreibung bezüglich dieses Krieges und seiner Zusammenhänge mit dem Holocaust. So etwas schreibt sich offenbar leichter mit großem Abstand zur deutschen Debatte.

Während die Erinnerungskultur von unten seit 1990 versuchte, sich der Opfer im Singular zu erinnern, Stolpersteine verlegte und Gedenkstätten mit den Namen aller jüdischen Opfer errichtete, instrumentalisierte die Politik die offizielle Gedenkkultur zur Legitimation westlicher Hegemonie. Sie schien die moralische Überlegenheit des Westens zu beweisen und der Bundesrepublik darin einen führenden Platz einzuräumen. Geschichte wurde mit einer Star-Wars-Romantik als ewiger Kampf des Guten gegen das Böse inszeniert. Eine bleierne Moral des „Nie wieder“ entstand. Nur der Wes-

ten definierte, wo Auschwitzvergleiche angebracht waren. Völker- und Menschenrecht wurden im Mund geführt. Aber sie wurden durchwirkt von einem Humanitarismus der weißen Bevormundung.

Wer sich diese Geschichte vergegenwärtigt, versteht das Drama der Gegenwart. Wenn in der Adenauer-Ära Politik Interessenspolitik war, also auch die Beziehungen zu Israel wenig Moral und viel Win-win beinhalteten, wurde Politik in den 1990er-Jahren zur reinen Moral: Wir – die Deutschen, der Westen – sind die Guten, die anderen die Bösen. Die Probe aufs Exempel waren

Es ist Zeit, sich von der Idee des absolut Guten und Bösen als Richtschnur des politischen Denkens zu trennen. Stattdessen könnte die Grundlage lauten: Nie wieder gilt für alle.

die Beziehungen zu Israel. Die Weltordnung wurde entlang einer Linie gezogen nach dem Motto: Steht ihr an der Seite der größten Opfer oder nicht? So simpel könnte man erklären, warum Westeuropa und die USA es für eine gute Idee hielten, die Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) – die eigentlich versuchte, antisemitische Israel-Kritik zu definieren – zur generellen Grundlage für die Definition von Antisemitismus zu machen. Bis zum israelischen Feldzug gegen die Bevölkerung von Gaza trat sie einen weltweiten Siegeszug in vielen nationalen Parlamenten an.

Das alles ist Vergangenheit. Der „Westen“ steht mit seiner unverbrüchlichen Unterstützung Israels (Ausnahmen waren Schweden, Island, Spanien und Irland) isoliert da und ist moralisch vollends delegitimiert. Die Palästina-Frage ist zurück in der Weltpolitik. Jetzt also wird im globalen Raum verhandelt werden, was die westliche Erinnerungskultur geflissentlich außen vor ließ: Kolonialismus und Sklaverei. Der Anti-Antisemitismus hingegen ist autoritär geworden. Die Antisemitismusbeauftragten, die in Deutschland wie Pilze aus dem Boden schießen, sind ihr Durchsetzungsorgan. Manche sagen schon: Berlin ist nicht mehr Kulturhauptstadt, sondern Zensurhauptstadt. Das ist das Schlimmste, was der Antisemitismusbekämpfung passieren konnte. Wer deshalb eine neue Welle des Antisemitismus befürchtet, tut dies nicht zu Unrecht.

Trotzdem gibt es kein Zurück vor Gaza. Das moralische Versagen vergisst sich nicht. Deutschland hat sein Ansehen verspielt. Ein wie auch immer neu zu gründender planetarischer Universalismus, der die Hinterlassenschaften von Kolonialismus und NS-Verbrechen überwindet, findet nicht mehr unter westlicher Vorherrschaft statt, ja nicht einmal unter Zuhilfenahme des europäischen aufklärerischen Denkens, es sei denn, es dekolonisiert sich. Es ist Zeit, sich von der Idee des absolut Guten und Bösen als Richtschnur des politischen Denkens zu trennen. Hierzu gehört, sich von ihren Begründungen zu verabschieden: der Opfer-Kult und der Opfer-Konkurrenz. Stattdessen könnte die Grundlage lauten: Nie wieder gilt für alle.

Heute gilt es zu erkennen, dass auch die linke Gegenkultur auf eine vereinfachte Abgrenzung von der NS-Zeit und den heutigen Nazis setzt. Mit der Verwandlung der Erinnerungskultur in offizielle Geschichtspolitik und nationale Identität ist sie jedoch für einen kritischen Diskurs und für viele Kämpfe unbrauchbar geworden.

Daraus ergeben sich viele Fragen, denen man sich nun radikal stellen muss. Nicht nur die Herrschenden haben ihre moralische Legitimation verloren, sondern auch Linke, die sich mit der Erinnerungspolitik in ihrem „Gut-Sein“ eingerichtet haben. Wer sich diesen Fragen auch an das eigene politische Selbstverständnis nicht stellt, der kommt – das hat schon Gorbatschow gesagt – zu spät und den bestraft das Leben.



Der erste Artikel von Katja Maurer beschäftigte sich Anfang der 80er-Jahre mit einer alternativen Stadtführung über antifaschistischen Widerstand in Frankfurt am Main. Seither hat sie für medico immer wieder zu erinnerungspolitischen Themen geschrieben.

Gemeinsam mit Diaspora Alliance, ETH Zürich und der Zürcher Hochschule der Künste veranstaltet medico Anfang Dezember die Konferenz „Der Große Kanton – The Rise and the Fall of the BRD“. Mit Gästen aus aller Welt wollen wir eine Archäologie der Nachkriegsdebatten in Deutschland vornehmen – wissend, dass jetzt die Nachkriegszeit endgültig vorbei ist. Und damit alle Prämissen, mit denen sich Deutschland in die Welt gestellt sah. In Zeiten schwindender westlicher Hegemonie müssen diese Fragen radikal und frei von allen Denkverboten gestellt werden.

Weitere Informationen zur Konferenz unter dergrossekanton.ethz.ch



Das Sterben geht weiter

Die US-Regierung drängt auf ein
Ende der Kriege. Die Ergebnisse
sind ambivalent. Berichte aus der
Ukraine, Gaza und Syrien



n
r

In der St. Peter und Paul Kathedrale in Lviv finden oft mehrmals täglich Beerdigungen von gefallenen Soldaten statt.

Die Verdammten unserer Werte

Ein Besuch bei den Toten des Ukraine-Krieges

Von Mario Neumann

Der tote Soldat wird von Angehörigen der ukrainischen Armee in einem Mietwagen zur Kirche gebracht. Es ist Sonntag, kurz vor 10 Uhr, doch diese klassische Zeit ist bloßer Zufall. Wir sind nur zwei Tage in Lviv, deswegen sind wir heute gekommen. Fast täglich werden gefallene Soldaten mit militärischen Ehren in der Stadt begraben, manchmal gleich mehrere an einem Tag. Die Kirche ist bis auf Weiteres nicht nur sonntags in religiös-militärischem Betrieb.

Man merkt sofort, dass diese Art der Zeremonie Alltag geworden ist. Sie wird per Lautsprecher auf den zentralen Platz im Zentrum Lvivs übertragen. Vor der Steintreppe, die in das Gebäude führt, wartet das lose zerstreute, etwa 20-köpfige Militärorchester auf seinen Einsatz. Einer der Musiker zeigt mir auf seinem Handy die Daten zum heutigen Begräbnis: „Orchester für militärisches Begräbnisritual eines Soldaten der Streitkräfte im Land: Sergeant Bohdan Ivanovych Kharkavenko, geb. 1982, der bei der Durchführung einer Kampfmission starb.“ Während er mir das Handy hinhält, guckt er in einer Mischung aus Routine, Teilnahmslosigkeit und Trauer auf seine Trompete. Wahrscheinlich muss das Orchester keine Proben mehr abhalten, weil es täglich vor Publikum spielt.

Aus der Kirche dringen gesungene Fürbitten und der Geruch von Weihrauch. Die Türen sind weit geöffnet, alle sind eingeladen und aufgefordert, den gefallenen Soldaten zu verabschieden. Sein Tod ist eine öffentliche Angelegenheit. In der Kirche haben sich rund 80 Trauergäste versammelt. Der rechte und der mittlere Teil des Gotteshauses sind im regulären Betrieb; im linken Bereich hat der Krieg seinen Platz. Hier hängen die Bilder der Toten des Bataillons Lviv, eine ukrainische Fahne, auf der jemand abgebildet ist, der Jesus ziemlich ähnlich sieht, und ein mit religiösen Bildern bestücktes Tarnnetz. Nach etwa 30 Minuten geht die Zeremonie zu Ende. Das Orchester baut sich auf. Der Sarg wird von uniformierten Soldaten zurück in Richtung des Mietwagens getragen, dahinter folgen zwei Geistliche, dann die Trauergemeinde. Das Orchester spielt ein melancholisches Lied, das nicht nach Krieg klingt. Schließlich wird der Sarg, gefolgt von einem Konvoi aus zwei städtischen Bussen, zum Friedhof gefahren. Auch wir dürfen mit.

Der Krieg ist überall

Lviv, die westlichste Stadt des Landes, liegt weit entfernt von der Front im Osten und ist

immer noch ein Ort, an dem man sich vom Krieg erholen kann. Die Stadt entwickelte sich in den letzten Kriegsjahren zu einer Art neuem Zentrum der Ukraine, in das es vor allem die besser Situierten des Landes treibt, was die Mieten in die Höhe schnellen lässt. Jeder Krieg hat auch seine Profiteure. Doch Lviv ist längst nicht mehr nur in dieser Hinsicht Kriegsschauplatz. Die Allgegenwart des Krieges können auch ein lebendiges Stadtleben, ein allgegenwärtiges städtisches Tourismusmarketing und eine intakte Konsumkultur nicht überdecken.

Im September trafen ungewohnt heftige russische Luftschläge den gleichnamigen Oblast. Täglich kommen hier die Züge von der Front an und mit ihnen zahllose Verwundete, die in Lviv in Veteranenzentren behandelt werden. In den Restaurants und Cafés der Stadt, die Normalität suggerieren sollen, sitzen nur wenige Männer, arbeiten tun hier ausschließlich Frauen. Es sind zwei Welten, die parallel stattfinden. Die eine ist die eines Alltags, der an die Zeit vor dem Krieg erinnern und dabei zugleich die Hoffnung auf die Zukunft wachhalten soll. Die andere ist die eines Landes, das sich seit bald vier Jahren in einem furchterlichen Abnutzungskrieg befindet. Auf der Website des Lviv Habilitation Hub, einem großen Veteranenzentrum, wird das Behandlungsprogramm dargestellt und mit Fotos illustriert, auf denen lächelnde, gut gelaunte und sogar tanzende Männer zu sehen sind. Den meisten fehlen Gliedmaßen. Arm ab, Bein ab. Dinge, die im Krieg passieren.

Mittlerweile hat jede:r Ukrainer:in Tote und Verstümmelte im Familien- und Bekanntenkreis, während sich weitere im Fronteinsatz befinden oder bereits als vermisst gelten. Eine Gesprächspartnerin wird uns einige Tage später in Kyiv von ihren Reisen durch die Dörfer der Zentralukraine berichten, in denen nur noch Frauen zu sehen sind. Die Männer seien tot, an

der Front, im Ausland oder sie versteckten sich vor der Einberufung. Auch auf dem Land seien die Bilder von gefallenen Soldaten in der Öffentlichkeit allgegenwärtig. Sie fügen sich in ihren Augen zu einem schauerhaften Gesamtbild. „Es gibt Dörfer, da sind wohl fast alle Männer tot.“ Und natürlich gilt auch: Je ärmer, desto toter. Das ist im freien Westen nicht anders als in Russland.

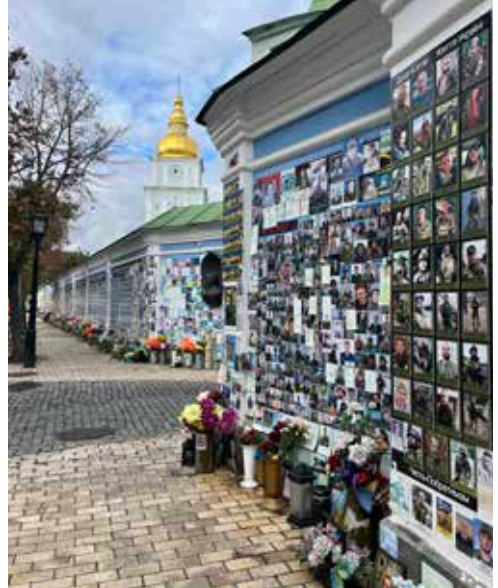
Die Toten sind ebenso allgegenwärtig wie das politische Tabu, das über dem sich aufdrängenden Gesamtbild liegt. Die politische notwendige Heldenverehrung und das politisch ebenso notwendige Verschweigen der tatsächlichen Opferzahlen erzeugen eine unüberbrückbare kognitive Spannung, die wie ein dichter Nebel den Blick auf etwas verunmöglicht, das alle ahnen oder wissen. Ein großes, kollektives Verdrängen verdeckt diese vielleicht alles entscheidende Geschichte des Krieges: die Verlängerung des ukrainischen Widerstands gegen die russische Invasion und seine Verwandlung in einen nicht enden wollenden Abnutzungskrieg, den nicht nur gewinnen wird, wer die besseren Waffen hat, sondern auch, wer dazu bereit ist, die Dezimierung der jungen Generation in einem Durchhaltewettbewerb auf dem Schlachtfeld am längsten in Kauf zu nehmen. Das Resultat ist toxisch: Je mehr Tote, umso mehr muss in ihrem Namen weitergekämpft werden, obwohl ihre an den Ersten Weltkrieg erinnernde Zahl gleichzeitig das sofortige Ende der Kämpfe zur obersten Priorität macht.

Wieder in Betrieb

Mittlerweile stehen wir im Eingangsbereich des Busses zum Friedhof. Am Rande des Konvois durch das Zentrum Lvivs finden sich überall Bewohner:innen der Stadt ein, viele kommen aus den Cafés und Restaurants der Stadt oder aus den diversen Geschäften, die es immer noch

zahlreich gibt und von denen auch heute am Sonntag alle geöffnet haben. Die Menschen wenden sich dem Trauerzug zu, manche knien nieder. Nach etwa zehnminütiger Fahrt erreichen wir das Marsfeld. Auf der Fläche neben dem ruhmreichen Lytschakiwski-Friedhof – eine Art Père-Lachaise von Lwiv, dessen erstes Grab aus dem Jahr 1675 stammt – ist ein improvisierter Friedhof für gefallene Soldaten entstanden. Hier beerdigte bereits die Sowjetunion ihre toten Soldaten des Zweiten Weltkriegs und benannte die Wiese nach dem römischen Kriegsgott. Jetzt ist das Marsfeld wieder in Betrieb. Im April 2022 berichtete die Süddeutsche Zeitung von zwei Dutzend Gräber, die sich hier befinden. Mittlerweile sind es rund 2.000, wenn nicht mehr. Auf jedem einzelnen finden sich Fahnen und mindestens ein Foto der verstorbenen, meist jungen Männer. Die meisten Toten schauen einen mit milden, weichen Gesichtern an, die eher an bescheidene Familienmenschen erinnern. An einem Grab entdecken wir einen QR-Code. Er führt zu einer Petition der Hinterbliebenen an den ukrainischen Präsidenten, die ihn auffordern, den hier Beerdigten den Heldenstatus zu verleihen.

Die Menschen in der Ukraine seien zu einem Durchhalte-Heroismus verdammt und der Wunsch nach Frieden und Freiheit sei in einem alternativlos scheinenden Diskurs mit der Fortsetzung des Krieges verknüpft worden: Das schreibt die ukrainische Autorin und Künstlerin Yevgenia Belorusets. Sie lebte lange in Berlin und Kyiv, pendelte gewissermaßen zwischen den zwei Realitäten, nachdem im Jahr 2014, wie sie im Nachhinein sagte, „der Krieg zum ersten Mal begann“. Seit Februar 2022 berichtet sie in Sprachnachrichten, Büchern und Texten aus Kyiv. In einem aktuellen Text beschreibt sie dieses Dilemma: „Bereits in den ersten Kriegsmonaten, als sich herausstellte, dass der ersehnte Frieden nicht kommen würde, entstand eine ihm entgegengesetzte Idee: das Konzept des



Eine Wand in Kyiv mit den Fotos gefallener Soldaten seit Beginn des Krieges im Jahr 2014. Sie ist so lang, dass es mehrere Minuten braucht, um sie abzulaufen – und im Jahr 2022 anzukommen.

„Aushaltens“, der Unzerbrechlichkeit. Damit verbunden ist die widersprüchliche Vorstellung, dass der Krieg eine freie Entscheidung und zugleich unvermeidliche Notwendigkeit sei.“ Es zeige „sich in diesem Krieg – wie in vielen anderen –, dass es als selbstverständlich hingenommen wird, dass die Idee des gemeinsamen Widerstands blind tötet“.

Während in Deutschland gemessen an den Verheerungen des Abnutzungskrieges überproportional viel über Angriffe auf Zivilist:innen und bewohnte Städte, allen voran Kyiv, berichtet wird, erfahren wir über diese zahllosen, regelrecht regulären Toten des Kriegsalltags an der Front so gut wie nichts. Nicht einmal die Tatsache, dass ihre tatsächliche Zahl unbekannt ist und sich nach Einschätzung von Expert:innen eher auf das Fünf- bis Zehnfache der Ende 2024



Auch fernab der Front ist der Krieg allgegenwärtig.

offiziell verkündeten 43.000 belaufen dürfte. Das ist auch deshalb bedeutsam, weil die allermeisten von ihnen vermutlich bis kurz vor ihrem Tod ebenfalls Zivilisten waren. Denn in der Ukraine kämpfen und sterben längst nicht nur Berufssoldaten. Viele derer, die als Nummer in der soldatischen Statistik aufgehen, haben nur ein paar Monate oder Wochen oder sogar Tage eine Uniform getragen, manche freiwillig, andere zwangsweise, weil zwangsrekrutiert – in einem Land, das Männer im wehrfähigen Alter seit Kriegsbeginn nicht mehr legal verlassen dür-

fen. Gilt für sie wirklich und in letzter Konsequenz, was EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen über „die Ukrainer“ behauptete, nämlich dass sie alle „bereit sind“ beziehungsweise waren, für den „europäischen Traum zu sterben“?

Zugfahrt Richtung Frieden

Am frühen Morgen auf der Rückreise nach Berlin, am Prager Hauptbahnhof auf den An-

schlusszug wartend, sehe ich auf X ein Foto aus Gaza: Ein vielleicht zehnjähriger Junge im Rollstuhl, zwei amputierte Hände, ein amputiertes Bein. Es ist der erste Bahnhof seit zehn Tagen, an dem sich keine Soldaten tummeln, die gerade ihren Angehörigen um den Hals fallen oder sich von ihnen verabschieden, an dem keine Soldaten mit Krücken und abgetrennten Gliedmaßen zu sehen sind. Unweigerlich erinnere ich mich an die große medico-Kundgebung in Berlin vor einigen Wochen, wo zwischen den vielen politischen Rapper:innen und

stellt ist, ob die geschätzt täglich tausend toten russischen Soldaten nicht auch in die Gesamtrechnung des Grauens aufgenommen werden müssen. Oder, wie Belorusetz schreibt: „In den öffentlichen Debatten der letzten Jahre hat sich der Fokus vom Krieg als inakzeptable Praxis, die Gemeinschaften traumatisiert, Städte und Mikrokulturen zerstört, verlagert auf die Bewertung seiner Ergebnisse; ob diese akzeptabel erscheinen oder nicht. Die Bereitschaft der Gesellschaft, den Krieg auszuhalten, wird durch Umfragen gemessen, deren Ergebnisse wiederum als Argumente für seine Fortsetzung dienen. Das erinnert mich an die Vorstellung, Gefängnisinsassen aufzufordern, sich in einer Befragung für lebenslange Haft oder die Todesstrafe auszusprechen. Vielleicht ist es an der Zeit, sich wieder bewusst zu machen, was Krieg wirklich bedeutet.“ Man wird sich auch in Deutschland auf Dauer dieser Frage nicht mit Putinismus-Vorwürfen entziehen können. Oder doch?

Was Krieg wirklich bedeutet:
Man wird sich dieser Frage
auch in Deutschland auf Dauer
nicht mit Putinismus-Vorwürfen
entziehen können. Oder doch?

ihren jungen Fans, die aus der gemeinsamen Empörung über den Genozid auch ein verständliches Moment von Ermutigung erfahren, die Sängerin Aya Samra auftrat. Ihr Beitrag, ein trauriger, ruhiger Akustiksong, schuf ein Moment des Innehaltens, der alle kollektiv-politisch Empörten kurz auf sich selbst zurückwarf. Es lag etwas in der Luft, das sich der politischen wie moralischen Verwertung entzieht: eine große, tiefe und schmerzhaft Trauer, die auch dem Verlust der Hoffnung darauf gilt, dass die zukünftige Welt ein menschlicher, ein friedlicher und auch freudvoller Ort sein könnte.

Auf dem Marsfeld in Lviv beginnt es zu regnen. Das Orchester ist immer noch im Einsatz und spielt mittlerweile die Nationalhymne. Die ukrainische Fahne, mit der der Sarg bedeckt war, wird abgenommen und, so ist es Brauch, der Familie des Verstorbenen übergeben. Es erklingen Salutschüsse, dann geht es das Feld hinauf zum Grab. Nachdem der Sarg unter die Erde gebracht ist, wenden sich viele der Trauergäste anderen Gräbern zu. Man kannte sich. Die Gräber auf der großen Wiese werden in Zehnerreihen ausgehoben, zwischen den Grabstätten werden mit Kies provisorische Wege angelegt. Ein Abschnitt ist auf der etwa 300 Meter langen Wiese noch frei. Ein riesengroßer Kieshaufen liegt schon bereit.

Zwischen der Ukraine und Gaza tut sich heute jenseits aller Politik dieser menschliche Abgrund des Krieges auf – selbst dann, wenn noch nicht einmal die drängende Frage ge-

Die unsichtbare Hand der Hilfe

Über den Ausverkauf der Ukraine in Zeiten des Krieges

Von Karoline Schaefer

Der Krieg in der Ukraine geht unvermindert weiter. Die vor allem von US-Präsident Donald Trump genährte Hoffnung, dass es in diesem Jahr vielleicht noch zu einem Waffenstillstand kommen könnte, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil. Weiterhin sterben jede Woche Tausende in den Frontgebieten, die Angriffe auf zivile Infrastruktur gehen mit verstärkter Intensität weiter und die Abhängigkeit der Ukraine von ausländischer Hilfe steigt. Dabei geht es allerdings nicht nur um die viel diskutierten Waffenlieferungen westlicher Staaten, sondern auch um internationale Hilfgelder durch multilaterale, staatliche und private Akteure. Ein Teil dieser Gelder, die zum Beispiel von der EU und Deutschland gezahlt werden, fließt als Zuschuss in die Ukraine, also als finanzielle Unterstützung, die nicht zurückgezahlt werden muss. Diese Gelder gehen beispielsweise in die Finanzierung der humanitären Hilfe, der Gesundheitsversorgung oder der Reparatur der Energieinfrastruktur vor Ort. Fast zwei Drittel der bislang bereitgestellten ausländischen Gelder wurden allerdings als Kredite vergeben – durch unterschiedliche Gläubiger und mit unterschiedlichen Laufzeiten und Konditionen.

Aktuell beträgt die Auslandsverschuldung der Ukraine nach Zahlen der ukrainischen Regie-

rung fast 150 Milliarden US-Dollar. Hinzu kommen rund 45 Milliarden US-Dollar an inländischer Verschuldung. Damit hat die Schuldenlast der Ukraine beinahe die Größe ihres Bruttoinlandsprodukts erreicht. Die Prognosen für die Folgejahre sind düster. Auf circa 500 Milliarden US-Dollar werden die Kosten für den Wiederaufbau in den kommenden zehn Jahren von der Weltbank geschätzt, andere gehen von weit höheren Beträgen aus. Diese Gelder wird die Ukraine nicht alleine aufbringen können. Schon jetzt sind die Rückzahlungsverpflichtungen neben den Verteidigungsausgaben der größte Posten im ukrainischen Haushalt. Und durch die immense Steigerung der Waffen- und Militärausgaben hängt das Funktionieren des Staates inzwischen zu einem großen Anteil von ausländischen Finanzhilfen ab.

Schulden als Hebel

Beim Blick auf die Gläubiger der Ukraine offenbart sich ein diverses Bild der Auslandsverschuldung. Das Land ist sowohl bei anderen Staaten, bei multilateralen Institutionen wie der EU, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank als auch bei pri-

vaten Gläubigern verschuldet. Bei Letzteren handelt es sich oft um Investmentfonds oder große internationale Banken, die Schuldtitel in Form von Staatsanleihen halten. Schon vor dem Beginn der Vollinvasion beliefen sich die Staatsschulden der Ukraine auf über 50 Milliarden US-Dollar, fast die Hälfte davon entfiel auf multilaterale Geber, vor allem auf IWF und Weltbank. Seit Februar 2022 ist die EU zum größten Gläubiger geworden.

Die Kredite von EU, IWF und Weltbank müssen nicht nur als inklusive Zinsen zurückgezahlt werden. Sie sind darüber hinaus oftmals an die Umsetzung von Reformen geknüpft – auch oder gerade in Zeiten des Krieges. So wurden in den letzten Jahren unter internationalem Druck und unter Kriegsrecht neoliberale Reformen durchgesetzt, etwa zur Deregulierung des Arbeitsmarktes und zum Abbau von Rechten von Arbeitnehmer:innen, zur Aufhebung von Marktbeschränkungen für ausländisches Kapital oder zur Liberalisierung des Energiemarktes. Auch wenn Rückzahlungsverpflichtungen an private und multilaterale Geber zeitweise ausgesetzt oder teilweise mit langen Laufzeiten und großzügigen tilgungsfreien Zeiträumen ausgestattet sind, bleibt das Grundprinzip bestehen: Wird die Umsetzung der Konditionalitäten verzögert oder nicht eingehalten, können die Gläubiger die Gewährung von Krediten aussetzen oder verschieben – und damit das Weiterfunktionieren des ukrainischen Staates massiv gefährden. Der Druck ist also hoch.

Das erinnert an die Strukturanpassungsprogramme, die IWF und Weltbank südamerikanischen und asiatischen Ländern ab den 1980er-Jahren auferlegten. Die Ukraine kennt diese Art „Reformbemühungen“ seit ihrer Unabhängigkeit 1991, nach der sie wie andere postsowjetische Staaten einer „Schocktherapie“ unterzogen wurde. Schulden sind seit jeher der

zentrale Mechanismus zur Aufrechterhaltung und Verfestigung ökonomischer Abhängigkeiten – und zur Schaffung von geopolitischem Einfluss. Waren es in den 1990er-Jahren vor allem die von westlichen Staaten dominierten multilateralen Institutionen, die über Kredite und Verschuldung Abhängigkeiten aufgebaut und verfestigt haben, hat sich die Bandbreite an Gläubigern heute diversifiziert.

Strukturanpassungen im Krieg

Im Fall der Ukraine geht es auch um geopolitischen Einfluss. Unter dem Deckmantel der Solidarität schaffen die finanziellen Hilfen neue ökonomische Abhängigkeiten. Durch Kredite sichern sich die Gläubiger, allen voran EU, IWF und Weltbank, wirtschaftlichen Zugang und einen großen Einfluss auf die Regierung in Kyiv. Ziele sind die Ausweitung der eigenen Absatzmärkte, der Zugang zu billiger Arbeitskraft auf einem möglichst deregulierten Arbeitsmarkt – und nicht zuletzt der Zugang zu Ressourcen. Bereits 2021 haben die EU und die Ukraine eine „strategische Rohstoffpartnerschaft“ geschlossen, mit besonderem Fokus auf sogenannte kritische Rohstoffe wie Lithium, Titan, Nickel oder Seltene Erden. Konkurrent ist nicht nur Russland, sondern auch China. Mit dem Rohstoffdeal zwischen den USA und der Ukraine im Februar dieses Jahres hat Trump im Alleingang versucht, sich Zugang zu kritischen Rohstoffen zu sichern. Gleichzeitig liegt ein großer Teil der Vorkommen in aktuell von Russland besetzten Gebieten. Ob sich die Hoffnungen der Ukraine nach umfassenden westlichen Sicherheitsgarantien für die ressourcenreichen Gebiete im Osten erfüllen, ist mehr als fraglich.

Schon jetzt ist abzusehen, dass ein selbstbestimmter Wiederaufbau nach einem wie auch

immer gearteten Ende des Krieges angesichts der horrenden Verschuldung nicht möglich sein wird. Das zeigt sich auch auf den internationalen Wiederaufbaukonferenzen, die zuletzt in Rom und Berlin stattgefunden haben. Dort ging es vor allem um die Mobilisierung und die Zugänge für internationales privates Kapital, ganz im Sinne der auferlegten neoliberalen Reformen. Auch die Wiederaufbauinitiative der Bundesregierung, geleitet durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), soll Investitionen von deutschem Kapital in der Ukraine fördern. Die deutsche und ukrainische Zivilgesellschaft wird hier vor allem als Quelle für Zugänge und Wissen bemüht, die altbekannten Public-private-Partnerships sind gefragt wie nie. Durch die finanziellen Abhängigkeiten der Ukraine wird es auch in einem potenziellen Wiederaufbauprozess kaum Regulierungen für internationales und privates Kapital geben. Auch die ukrainische Oligarchie ist beteiligt. So oder so: Die Weichen für den Ausverkauf der Ukraine werden bereits gestellt.



Karoline Schaefer verantwortet bei medico seit Beginn der russischen Invasion die Ukraine-Nothilfe. Gemeinsam mit Mario Neumann reiste sie zuletzt im Oktober nach Lwiw und Kyiv.

GEGEN DIE LOGIK DER GEWALT Hilfe für die Zivilbevölkerung in der Ukraine

Was eigentlich ist eine Zivilbevölkerung, jene Gruppe von Menschen, von der in Kriegszeiten so häufig die Rede ist? „Für den Krieg wird eine Kategorie von Menschen geschaffen, die ‚außerhalb des Spiels‘ leben. Sie werden beschossen, müssen die Beschüsse ertragen, werden verletzt, scheinen aber keine angemessene Antwort darauf geben zu können. Ich glaube nicht an diese Antwortlosigkeit. Etwas versteckt sich doch im Lächeln, das ich heute mehrmals sah. Eine heimliche Waffe, eine unheimliche“, schreibt die ukrainische Schriftstellerin Yevgenia Belorusets über ihre Begegnungen mit einfachen Menschen auf den Straßen Kyivs in Zeiten des Krieges.

In fast vier Jahren Krieg versuchen die medico-Partner:innen in der Ukraine genau das: der Übermacht des Krieges nicht ohnmächtig, sondern mit dem bescheidenen Repertoire einer Menschlichkeit zu begegnen, die Räume jenseits von Heldentod und Exodus offenhält. In diesem Zwiespalt organisieren die Partnerorganisationen von medico Nothilfe, schaffen Orte der Gastfreundschaft und Solidarität für die im Land Vertriebenen. Sie kämpfen für die Verteidigung des Gemeinsamen, auch gegen die autoritären Tendenzen im eigenen Land. Sie sind dabei mit sinkenden Spendengeldern und steigender Gleichgültigkeit konfrontiert. Unterstützen Sie die Arbeit unserer Partner:innen deshalb gerade jetzt mit einer Spende.

Spendenstichwort: Ukraine

Aufschub der Feindseligkeiten

Die Waffenruhe in Gaza droht in eine gewalttätige Befriedung zu münden

Von Riad Othman

Wenn Donald Trump Gaza „ewig währenden Frieden“ verspricht und dabei von Benjamin Netanjahu unterstützt wird, sollte man genau hinsehen. Wer das tut, wird rasch erkennen: Egal, ob Phase 2 und 3 des US-Plans ausverhandelt werden und zu welchen Ergebnissen das genau führen könnte – mit einem Frieden für die palästinensische Bevölkerung, der diesen Namen verdient, wird dies wenig bis gar nichts zu tun haben. Zu befürchten ist vielmehr ihre gewalttätige Befriedung im Interesse Israels, ihre fortlaufende Unterwerfung unter ein wie auch immer geartetes Protektorat, das sich als ein auf Dauer gestelltes Provisorium entpuppen könnte. All das erinnert an den Osloer Friedensprozess, der vieles gebracht hat, bloß keinen Frieden. Nun wird vermutlich Ähnliches in Gaza ablaufen, nur unter ungleich schlimmeren Bedingungen.

Dort sollen die Waffen endlich schweigen – mit erwartbar regelmäßigen Ausnahmen: Allein bis Ende Oktober hat das israelische Militär Dutzende Male die Waffenruhe verletzt und dabei mehr als 230 Palästinenser:innen (darunter fast 100 Kinder) in Gaza getötet und über 600 verletzt. Die Bedeutung der Waffenruhe kann dennoch

nicht hoch genug eingeschätzt werden. Statistisch betrachtet wird der Unterschied für täglich 15 bis 150 Menschen buchstäblich in Leben oder Tod bestehen, wenn man die durchschnittlichen Tötungsraten der israelischen Armee während des Genozids in den letzten Wochen vor ihrem Inkrafttreten zugrunde legt. Das bezieht sich allerdings nur auf die Todesopfer direkter militärischer Gewalt. Indirekte Opfer, die infolge der systematischen Vernichtung der Lebensgrundlagen und der Zerstörung des Gesundheitssektors gestorben sind, finden in diesen Zahlen keine Berücksichtigung. Ebensovienig die Tausenden nach wie vor unter Trümmern liegenden Leichen.

Erleichterung und Ungewissheit

Natürlich herrscht in Gaza Erleichterung darüber, dass zumindest diese Form des Massensterbens vorerst beendet ist. Eine Erleichterung, die allerdings auch das Ausmaß des Geschehenen ins Bewusstsein rückt, wie medicos Partner:innen in Gaza bemerken. Während die einen die Tatsache vorsichtig optimistisch stimmt, dass wieder mehr Lebensmittel auf



Schutt und Asche in Gaza: Rückkehr in die Trümmer des Krieges

den Märkten zu haben sind und die Preise sinken, bricht über anderen eine große, dunkle Welle zusammen: Jetzt, wo sie nicht mehr tag-ein, tagaus um ihr Leben fürchten müssen, jetzt, wo sie nicht mehr jede einzelne Nacht mit der Ungewissheit beginnen, ob sie den nächsten Tag noch erleben werden, realisieren sie, in welchem Ausmaß ihr Leben und ihre Welt zerstört worden sind. Die Vernichtung ist existenziell, und keine Waffenruhe der Welt wird dies ungeschehen machen. Kein Deal wird die Häuser wiedererstehen und die unter grauem Staub bedeckten kontaminierten Felder wieder erblühen lassen. Kein Versprechen einer Riviera wird die Toten wieder zum Leben erwecken. Und doch erscheint als das Wich-

tigste im Augenblick, dass die Überlebenden bei allen widersprüchlichen Gefühlen, bei aller Verzweiflung und Hoffnung, den Willen haben, ihr Zuhause wiederaufzubauen.

Doch genau das wird zum Problem werden – das lehrt die historische Erfahrung und folgt aus dem, was von Trumps und Netanjahus Plänen bekannt ist. Schon bei früheren Verwüstungen der Enklave konnten niemals alle Kriegsschäden beseitigt werden, und es mangelte immer an den nötigen Baumaterialien. Sogenannte doppelt – also zivil und militärisch – nutzbare Güter unterliegen seit rund 20 Jahren strengsten Einfuhrbeschränkungen. Diese legte die israelische Regierung deutlich strik-

ter fest, als internationale Standards wie etwa das Wassenaar-Abkommen es vorsehen. So blieb der Import von Zement und Baustahl strengen Beschränkungen unterworfen. Nach den Angriffen auf Gaza 2014 durften nicht einmal Holzleisten zur Reparatur von Türrahmen eingeführt werden, weil diese eine bestimmte Länge überschritten.

Solche Einschränkungen sind immer mit „legitimen Sicherheitsinteressen“ begründet worden, bis heute. Tatsächlich macht die israelische Regierung damit in erster Linie der palästinensischen Bevölkerung und Hilfsorganisationen das Leben schwer. Die Hamas hingegen konnte sich die für ihren Tunnelbau erforderlichen Materialien immer anderweitig besorgen – und das nicht, wie wiederholt behauptet, aus Projekten des Wiederaufbaus internationaler Organisationen. Versuchte ein Hilfsprojekt, Baumaterialien wie Zement, Stahl oder Holz nach Gaza zu importieren, verlangte die israelische Besatzungsverwaltung COGAT den Bauplan des Gebäudes, das Mengengerüst der erforderlichen Materialien sowie die GPS-Koordinaten des Bauplatzes.

Nichts deutet darauf hin, dass sich dies künftig ändern wird, im Gegenteil. Nach den Wünschen der Regierung Netanjahu sollen NGOs die humanitäre Versorgung der Bevölkerung übernehmen – eine rechtliche Verantwortung, die Israel als Besatzungsmacht obliegt. Bezahlen sollen das weiterhin andere Staaten aus ihren Steuereinnahmen, während Israel seinen völkerrechtswidrigen Landraub nicht nur fortsetzt, sondern systematisch beschleunigt. Organisationen, die dieses System als das bezeichnen, was es ist, werden durch die rechts-extreme Regierung und auch ihre Verbündeten im Ausland beschuldigt, Israel „delegitimieren“ zu wollen. Gleichzeitig haben offizielle israelische Stellen schon im März 2025 in Regularien festgelegt, welche Bedingungen inter-

nationale Organisationen erfüllen müssen, um vor Ort tätig sein zu dürfen. Konkret: Wer sich kritisch zu israelischen Menschen- und Völkerrechtsverbrechen geäußert hat, soll außen vor bleiben. Dabei richtet sich die menschenrechtlich fundierte Kritik vieler Organisationen nicht gegen Israel, sondern gegen ein damit verbundenes System jüdischer Überlegenheit. Von einer angestrebten Delegitimierung Israels kann also keine Rede sein, es sei denn, die Regierung will die Essenz des Staates darauf festlegen, dass er auf der Grundlage ethnoreligiöser Zugehörigkeit einer Gruppe Privilegien zuerkennt, während er einer anderen die elementarsten Rechte verweigert.

Der legitime Wunsch nach Sicherheit der palästinensischen Bevölkerung unter Besatzung bzw. im dauernden Belagerungszustand jedenfalls findet bei den gegenwärtigen Überlegungen keine Berücksichtigung. Das Recht auf Selbstbestimmung und das Sicherheitsbedürfnis nach wiederholten Militärkampagnen, die sich nie nur gegen militante Gruppen in Gaza richteten, sondern immer überproportional die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft zogen, spielen auch in den jetzigen Szenarien bestenfalls rhetorisch eine Rolle.

Internationale Truppen?

Das aktuelle Abkommen setzt auf die Unterstützung von Staaten in der Region. Einige von ihnen sind indes bereits hintergangen worden. So entsprach der letztlich veröffentlichte Vertragstext für die erste Phase nicht mehr der zwischen den USA, Ägypten, Qatar und der Türkei abgestimmten Version. Vielmehr hatte die israelische Regierung nachträglich Änderungen in ihrem Sinne vornehmen können. Ersatzlos gestrichen wurde beispielsweise: „Israel stimmt zu, keine weiteren Angriffe in Qatar durchzuführen.“ Mit der Idee einer internatio-

nen Truppe in Gaza von Trumps Gnaden kann die israelische Führung auch nur wenig anfangen. Gleichzeitig wagt sie es nicht, sich den USA in diesem Punkt offen zu widersetzen. Damit gerät sie allerdings unter Druck durch die Opposition im Land: Indem diese, im Westen gerne als gemäßigt dargestellt, von einem Kontrollverlust in Gaza spricht, treibt sie die Regierung vor sich her.

Wie wenig Frieden eine Waffenruhe bringen kann, wenn sie nicht gegenüber allen Beteiligten durchgesetzt wird, zeigt der Blick in den Libanon: Dort sollen die libanesische Armee und die UNIFIL-Friedenstruppe der Vereinten Nationen das Abkommen sichern. In dieser Zeit hat die israelische Armee mit 950 Geschossen und 100 Luftangriffen nach Angaben des libanesischen Gesundheitsministeriums über 270 Menschen getötet und etwa 850 verletzt. Selbst UN-Peacekeeper wurden wiederholt angegriffen. Gaza könnte es ähnlich ergehen. Die Alternative scheint jüngsten Berichten zufolge eine internationale Truppe zu sein, deren Oberkommando sehr eng an den von Trump und dem früheren britischen Premier Tony Blair geführten „Friedensrat“ („Board of Peace“) angedockt wäre. Für die Sicherheit in Gaza und die Durchsetzung der Waffenruhe wäre die Truppe demnach in enger Abstimmung mit Ägypten und Israel zuständig. Angesichts der schier unzahlbaren israelischen Rechts- und Vertragsbrüche dürfte das interessant werden – es sei denn, die eigentliche Mission wäre fast exklusiv auf eine Durchsetzung israelischer Interessen gegenüber den Palästinenser:innen (nicht nur gegenüber der Hamas) ausgerichtet.

Auch der Hamas dürfte die Anwesenheit einer anderen Ordnungsmacht kaum passen. Die Gruppe hat seit dem Beginn der Waffenruhe wieder die Kontrolle übernommen. Zwar hat sie Plünderungen durch bewaffnete Banden

weitestgehend beendet und so ein gewisses Maß an öffentlicher Ordnung hergestellt. Ihre Rückkehr geht aber mit schweren Menschenrechtsverletzungen bis hin zu extralegalen Hinrichtungen einher. Getroffen hat dies Personen, denen die Hamas die Kollaboration mit Israel, Plünderungen und schwerere Vergehen vorwirft. Unterdessen berichtet das renommierte Gaza Community Mental Health Programme, dass Bewaffnete, vermutlich Hamas-Mitglieder, Personal und Patient:innen der Einrichtung mit vorgehaltener Waffe dazu gezwungen haben, ihr Gebäude zu räumen. Danach quartierten sie kurzerhand ihre eigenen Familien dort ein.

Die Bevölkerung Gazas kann nur hoffen, dass sie nicht weiterhin zwischen den verschiedenen Akteuren aufgerieben wird. Ihre Rechte, auch und gerade das Recht auf Selbstbestimmung, haben zumindest bislang in der praktischen Ausformung der Überlegungen zum „ewig währenden Frieden“ Trumps keine Rolle gespielt. Eher steht zu befürchten, wovor der Philosoph Immanuel Kant in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ schon vor 230 Jahren gewarnt hat: „Es soll kein Friedensschluß für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffs zu einem künftigen Kriege gemacht worden. Denn alsdann wäre er ja ein bloßer Waffenstillstand, Aufschub der Feindseligkeiten, nicht ‚Friede‘, der das Ende aller Hostilitäten bedeutet, und dem das Beywort ‚ewig‘ anzuhängen ein schon verdächtiger Pleonasm ist.“



Riad Othman ist bei medico zuständig für die Arbeit zu Palästina und Israel.





ALL EYES ON GAZA

Der Wind hat sich gedreht

Gemessen an dem, was sich in Gaza in den letzten zwei Jahren abgespielt hat, ist es schwer, politische Kategorien wie „erfolgreich“ zu bemühen, wenn es um Kampagnen oder Mobilisierungen gegen den Krieg geht. Dennoch waren die mehr als 100.000 Menschen, die in Berlin am 27. September zur Kundgebung kamen, zumindest eines: eine Ermutigung. Auch wenn die Proteste in Deutschland – und anderswo – den Genozid nicht stoppen konnten, so waren sie hierzulande doch ein Symbol dafür, dass die Unterstützung der israelischen Regierung durch die deutsche mittlerweile nicht mehr nur auf erbitterten, sondern auch auf massenhaften Widerspruch stößt. Staatsräson ist heute kaum mehr als ein schönerer Name für Repression.

Gemeinsam mit weiteren Organisationen und Einzelpersonen hat medico die Veranstaltung auf die Beine gestellt. Musikalische Unterstützung kam unter anderem von K.I.Z., Aya Samra, Ebow und Pashanim. Doch der Tag war weit mehr als das Werk von Organisator:innen und auftretenden Künstler:innen. Die Vielen konnten nur kommen, weil sich einige Wenige schon vor Monaten unter hohem Risiko nicht zum Schweigen bringen ließen. medico sagt besonders ihnen „danke“. Bei unseren Unterstützer:innen bedanken wir uns gleichermaßen auch für die vielen Spenden und den Zuspruch, die beide unverzichtbar für unsere Arbeit hierzulande und in der Region sind.

Spendenstichwort: Israel/Palästina

Versöh- nung im Stillen



Alle Fotos: medico

Anfang des Jahres noch bedroht von der Einnahme durch Milizen: die Stadt mit Symbolkraft für den kurdischen Widerstand gegen den sogenannten Islamischen Staat.

Erstmals seit Langem steht Rojava nicht unter Beschuss. Doch der Weg zum Frieden bleibt kompliziert. Eine Reportage

Von Timo Dorsch und Anita Starosta

Der Workshop läuft schon zwei, drei Stunden, als es plötzlich hitzig wird. Zwei Teilnehmende erheben ihre Stimmen, werden laut, beschuldigen sich gegenseitig. Auslöser des Streits sind Gewaltaufrufe auf Social Media, die unterschiedliche ethnische Gruppen hier im syrischen Raqqa gegeneinander auszuspielen versuchen. Die geübte Moderatorin der kurdischen medico-Partnerorganisation Rights Defense Initiative (RDI) ordnet eine kleine Pause an, im Nebenzimmer gebe es Baklava und Soft Drinks. Die beiden erregten Gemüter finden sich abseits ein, stecken die Köpfe zusammen, klären den Disput, vertragen sich. Am Ende war es ein Missverständnis. Der Workshop kann weitergehen.

Dass er überhaupt stattfindet, ist bereits ein kleiner Erfolg. Zum ersten Mal treffen so viele unterschiedliche Statusgruppen im selben Raum aufeinander, hören sich gegenseitig zu, versuchen Verständnis füreinander zu gewinnen: Da sind Vertreter islamischer Organisationen, Angehörige von Gewaltopfern, Repräsentanten arabischer Stämme und kurdischer NGOs, muslimische Feministinnen sowie Politiker:innen der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien. Sie kommen aus den arabischen Städten Raqqa und Deir ez-Zor sowie dem kurdischen Kobanê. Es ist der zweite von mehreren Workshops, die die Rights Defense Initiative in ganz Syrien organisiert und damit ihr eigentliches „Arbeitsterrain“ in der Region der autonomen Selbstverwaltung verlässt. In Idlib, Qa-

mişlo, Homs, Latakia, Damaskus und Suweida, so die Planung, können und sollen sich Teilnehmende mit verschiedenen Herkunft und Hintergründen in einem moderierten Rahmen mit der Frage nach einer gemeinsamen syrischen Perspektive auseinandersetzen. Die Workshops sind Teil eines notwendigen Versöhnungs-, Aufklärungs- und Gerechtigkeitsprozesses. Ebendiesen muss das Land bewältigen, um historische Spaltungen sowie gewaltvolle Verletzungen überwinden und zu einer multiethnischen Gesellschaft zusammenwachsen zu können.

Allgegenwärtiges Misstrauen

Das Ende der Assad-Dynastie, ihr jahrzehntelanges Wüten gegen jede Form von Opposition, ist noch kein Jahr her. Die syrische Gesellschaft ist weiterhin von einem tiefen Misstrauen geprägt, das soziale Gewebe entlang vieler Linien zerrissen. Die Assad-Herrschaft wirkt fort. Mit der Spaltung der Bevölkerung entlang von Religionszugehörigkeit und ethnischer Herkunft sicherte sie ihre Macht. Sich den dabei gezogenen sozialen Gräben zuzuwenden, ist nach wie vor so heikel, dass der Workshop in Raqqa hinter verschlossenen Türen stattfindet. Keine Tonaufnahmen, keine Bilder und keine Namen dürfen ohne Absprache nach draußen dringen. Bei einer anonymen Umfrage können die Anwesenden über das Smartphone Themen benennen,

die ihrer Meinung nach den Frieden in der Region um Raqqa gefährden. Auf einer Leinwand erscheinen Begriffe wie „Rassismus“, „Hate Speech auf Social Media“ und „fehlende Meinungsfreiheit“. Bei der Frage, welche Werte in einer gerechten Gesellschaft nicht aufgegeben werden dürfen, tauchen Stichworte wie „Transparenz“, „Rechtsstaatlichkeit“, „Gerechtigkeit für die Opfer“, „Privatsphäre“ und auch „Anerkennung der Differenz“ auf. Ein Stammesvertreter wählt Worte, die Brücken bauen: „Die Bedürfnisse der kurdischen Dörfer sind die gleichen wie die der arabischen Dörfer. Wir sind gleich.“ Man müsse einen Sinn fürs Gemeinwohl schaffen und nicht nur an die eigene Gemeinschaft denken. Viele in der Runde nicken zustimmend.

Vor dem unscheinbaren Gebäude, in dem der Workshop stattfindet, drängt sich der Verkehr durch die Straßen. Unter gleißender Sonne gehen die Menschen ihren Geschäften nach. Es

herrscht Alltag in Raqqa, der Wiederaufbau geht voran. Das Erbe des sogenannten Islamischen Staats (IS), der die Stadt von 2014 bis 2017 kontrollierte und zu seiner inoffiziellen „Hauptstadt“ machte, ist gleichwohl unübersehbar. Trümmer, Ruinen und mit Einschusslöchern übersäte Hauswände erinnern daran, dass hier noch bis vor wenigen Jahren der Krieg tobte. Es waren vor allem kurdische Milizen, die mit Unterstützung der USA den IS in einem monatelangen erbitterten Kampf mit vielen zivilen Opfern aus der Stadt vertrieben. Das grausigste Relikt aus der Zeit der Schreckensherrschaft ist ein von einem eisernen Zaun umgebenes Rondell inmitten eines Kreisverkehrs. Unter dem IS wurde der Naim-Platz als „Platz der Hinrichtungen“ weltweit bekannt, hier wurden für alle sichtbar und auf grausame Weise zugerichtete Opfer zur Schau gestellt.

In einer Pause des Workshops plaudern und lachen muslimische Feministinnen miteinander,



Informeller Ort der Versöhnung: Flohmarkt in Qamişlo

sie wirken unbekümmert. Auf Nachfrage erzählen sie, dass sie unter der Herrschaft des IS in Raqqa gelebt haben. Eine erinnert daran, dass es bei manchen Bewohner:innen auch Zuspruch gegeben habe. Dieser habe sich erst aufgebraucht, als der IS seine Schikanen ausweitete. „Hätte er nicht das Rauchen oder das Tragen von Jeans und T-Shirts verboten, wären die Menschen ihm womöglich treu geblieben“, vermutet eine der Frauen. Sie und ihre Mitstreiterinnen setzten sich damals größten Gefahren aus, indem sie klammheimlich Schulunterricht für Mädchen und Frauen organisierten. „Wir haben uns an den Erklärungen der Vereinten Nationen über Frauenrechte orientiert“, meint eine lapidar. Was mit ihnen geschehen wäre, wären sie aufgefliegen? Sie antwortet mit einer knappen Geste: eine Handbewegung an den Hals.

Aufatmen und ausharren

Im sicheren Raum des Workshops tauschen sich die Teilnehmenden weiter über eine gemeinsame Zukunft aus. „Wir müssen ein Konzept von Staatsbürger:innenschaft erarbeiten“, sagt jemand. Ein anderer ergänzt: „Wenn wir uns an die Wahrheit halten, werden wir eine Lösung finden.“ Zur Wahrheit gehört, dass der vom Assad-Regime durchgesetzte „Sektarismus“ noch lange nicht überwunden ist. Mit diesem Begriff beschreibt der syrische Schriftsteller Yassin al-Haj Saleh einen zentralen Herrschafts-Mechanismus: Systematisch wurden bestimmte Bevölkerungsidentitäten geformt und dann gegeneinander ausgespielt. Gezielt seien Ressentiments erzeugt, Misstrauen gefördert und Angst geschürt worden, sei es durch Begünstigungen, Diskriminierungen oder staatliche Gewalt. Diese Spaltungen haben sich tief in die syrische Gesellschaft eingegraben und sind mit dem Sturz des Herrschers keineswegs verschwunden. Hiervon zeugen auch die Massaker an Minderheiten in den Regionen La-

takia und Suweida mit Tausenden Toten in der ersten Jahreshälfte, ebenso die bewaffneten Angriffe gegen kurdische Viertel in Aleppo Anfang Oktober. Die Gewaltausbrüche nähren einen beunruhigenden Gedanken: Sind die neuen Machthaber islamistischen Miliz HTS in Damaskus wirklich willens und in der Lage, ethnisch oder konfessionell aufgeladene Gewalt gegen Minderheiten einzudämmen? Oder setzt sich das Zündeln mit der Fackel des syrischen Sektarismus fort? Kurdische Stimmen, die der Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien nahe stehen, äußern sich reserviert zur Rolle der HTS auf dem Weg in ein friedliches und plurales Syrien. Zwar konnten sich die Kommandantur der kurdischen Selbstverteidigungskräfte und das HTS-Regime auf Absichtserklärungen eines geeinten Syriens einigen. Doch die jüngsten Gewaltausbrüche lassen die Zweifel wachsen.

Unsere Reise führt von Raqqa entlang der Überlandstraße weiter nach Hassakeh und schließlich Richtung Qamişlo, der inoffiziellen Hauptstadt der Selbstverwaltung im Nordosten des Landes. Während im arabisch dominierten Umland von Raqqa die Felder dank der Nebenarme des Euphrat und funktionierender Bewässerungsanlagen fast paradiesisch blühen, wird die Landschaft hier immer trockener. Dies ist zum einen die Folge eines sehr trockenen Sommers, zum anderen das Ergebnis machtpolitischer Sabotage: Seit Jahren blockiert die türkische Regierung über ihre Staudammpolitik die Wasserzufuhr in die kurdisch geprägte Region. Hinzu kommt, dass Bomben- und Drohnenangriffe weite Teile der Infrastruktur zerstört haben.

Auf einmal trennt die Straße eine längst stillgelegte Bahntrasse. Schienenteile, die für den Asphalt weichen mussten, rosten im Staub vor sich hin. Sie sind Zeugen einer „deutschen Geschichte“ vor Ort: Anfang des 19. Jahrhunderts wurde mit dem Bau der sogenannten Bagdadbahn begonnen, die das Deutsche mit dem Os-

manischen Reich verbinden sollte. Wenige Kilometer weiter hat eine andere Großmacht deutlich jüngere Spuren hinterlassen. Auf dem Rollfeld des Flughafens von Qamişlo, der bis zuletzt in den Händen des Assad-Regimes war, stehen noch immer russische Flugzeuge. Neben an sind ein Militärlager und Sanitätsfahrzeuge aus Sowjetzeiten zu entdecken. Als Verbündeter Assads hatte das Putin-Regime massiv in den Syrischen Bürgerkrieg eingegriffen. Doch auch diese Zeiten sind vorbei.

Ankunft in Qamişlo. In der Innenstadt brummt und surrt es lautstark. Nachdem türkische Drohnenangriffe auch hier die Stromversorgung lahmgelegt haben, versorgen riesige Dieselgeneratoren die Stadt mit Elektrizität. Doch die unvorhersehbaren Attacken aus der Luft sind seit Mai diesen Jahres ausgesetzt. Auf Druck der USA befinden sich die türkische Regierung und die kurdisch dominierten Streitkräfte SDF in Gesprächen. Parallel dazu laufen Friedensver-

handlungen zwischen Ankara und der PKK. Es ist das erste Mal seit vielen Jahren, dass die Menschen aufatmen können. Entsprechend friedlich und entspannt ist die Stimmung auf den Straßen. Die Härten sind gleichwohl groß. Es fehlt an vielem. So sind mit dem Sturz des Assad-Regimes auch staatliche Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser geschlossen worden. Für Patient:innen und Schulkinder mussten neue Plätze gefunden werden. Nicht für alle hat das bislang geklappt.

Wohin steuert das HTS-Regime?

Die medico-Partnerorganisation Kurdischer Roter Halbmond (KRH) versucht, die ärgsten Nöte zu lindern. Sie ist von den Kürzungen internationaler Hilfsgelder betroffen, musste Kliniken – die sie in der gesamten Region betreibt – schließen, sowie ihre medizinischen Dienste in Flüchtlingslagern reduzieren. Trotz dieser enor-



Trotz aller unsicheren Perspektiven: Der Alltag in Qamişlo geht weiter.

men Belastungen sind Mitarbeiter:innen nach den Angriffen auf die alawitische Minderheit in Latakia in die Provinz am Mittelmeer gefahren, um dort Nothilfe zu leisten. Gleiches versuchte der KRH auch nach den Gewaltausbrüchen gegen die vorwiegend drusische Bevölkerung in Suweida im Süden des Landes, was vom HTS-Regime allerdings verhindert wurde. „Noch immer beeinflusst das Politische das Humanitäre hier im Land“, folgert Nadia, eine der beiden Co-Vorsitzenden des Kurdischen Roten Halbmondes. Im gleichen Atemzug beweist sie politische Weitsicht: „Wir wollen eine humanitäre Organisation aufbauen, die alle Ethnien Syriens verbindet. Ob uns das gelingt, hängt jedoch von der politischen Situation im Rest des Landes ab.“

Dass es die medico-Partnerorganisation mit ihrem universalistischen Ansatz ernst meint, steht außer Frage. Doch die Ressourcen sind begrenzt – und die Aufgaben reißen nicht ab. In Qamişlo kamen Ende letzten Jahres Zehntausende gewaltsam Vertriebene aus dem kurdischen Kanton Afrin an. Die Helfer:innen vom Kurdischen Halbmond sorgten dafür, dass sie zumindest ein Dach über dem Kopf haben, errichteten Notunterkünfte in Schulen, Moscheen, Zeltlagern – dort leben die Vertriebenen bis heute. Lania, die in Wahrheit anders heißt, erzählt, was damals geschehen ist. Mit ihrem Ehemann und den zwei kleinen Kindern floh sie vor sieben Jahren vor der türkische Militäroffensive aus dem Nordwesten und strandete weiter südlich in Shebha. Im Zuge des Putsches der HTS im Dezember 2024 stießen dann türkeinahe Milizen der Syrischen Nationalen Armee auch dorthin vor. Wie viele andere musste die Familie wieder Zuflucht suchen. So kam sie nach Qamişlo. Hier lebt sie in einem trostlosen und heruntergekommenen Schulgebäude, das weder Küche noch Badezimmer hat. Gekocht wird auf mobilen Herdplatten, für die Notdurft stehen vier mobile Toiletten bereit.

Wie es weitergehen kann? „Ich bin jetzt 40 Jahre alt und alles, was ich will, ist, dass meine Kinder Rechte haben. Ich opfere mein Leben für sie“, klagt Lania. Sie zeigt WhatsApp-Videos ihres zerstörten und jetzt von türkeinahen Milizen besetzten Hauses in Afrin. Sie hat von Menschenrechtsverletzungen gehört und davon, dass Rückkehrwillige dafür bezahlen müssen, wieder in ihre Häuser zu dürfen. Doch das sei sinnlos, gibt die gebrochene Frau zu verstehen. Es gebe schlichtweg keine Lebensgrundlage mehr, die Milizionäre hätten alles geklaut, von Fensterscheiben bis hin zu Lichtschaltern. Selbst aus 100-jährigen Olivenbäumen hätten sie Brennholz gemacht. Ihr Mann ergreift das Wort. „Spenden werden unsere Situation nicht ändern. Wir brauchen eine politische Lösung. Doch bis es soweit ist, braucht es materielle Unterstützung.“ Dann bricht er in Tränen aus. „Manche wollen nicht mehr zurück“, ergänzt Lania. „Doch sollte Afrin eines Tages für uns zugänglich sein, werde ich auf jeden Fall zurückkehren.“



Anita Starosta bereist die Region seit vielen Jahren und war nun zum zweiten Mal nach dem Sturz von Assad in Syrien. Für den medico-Pressereferenten Timo Dorsch war es das erste Mal – er kehrte mit besonderen Eindrücken der langjährigen und vertrauensvollen Partnerschaften medicos zurück.

Unsere Partner:innen in Rojava setzen sich für ein demokratisches Syrien ein. Sie verteidigen Frauen- und Menschenrechte und leisten Nothilfe, wo immer es nötig ist.

Spendenstichwort: Rojava

Projekte Projekti- onen

Doppeltes Desaster

Nothilfe nach Stürmen und Erdbeben auf den Philippinen

Die Gesundheitsaktivist:innen des Netzwerks SOS auf den Philippinen kennen Naturkatastrophen zur Genüge: Die Taifun-Saison im Herbst sorgt immer wieder für Überschwemmungen und Sturmschäden. So auch Ende September, als der Tropensturm wütete. In diesem Jahr kamen dann aber noch wenige Tage später zwei Erdbeben in den Landesteilen Cebu und Mindanao hinzu. Dank eines neu eingerichteten Nothilfefonds aus medico-Mitteln konnte SOS unmittelbar Freiwillige mobilisieren und erste Hilfslieferungen in schwer erreichbare Gemeinden wie die kleine Insel Gibitngil im Epizentrum des Bebens bringen. Die lokalen Gemeinden sind dabei keine passiven Empfänger:innen von Hilfe. Vielmehr artikulieren sie deutlich ihre Kritik an der Korruption lokaler Behörden und Politiker, die Hilfsgelder regelmäßig zur eigenen Bereicherung veruntreuen. Inmitten des Desasters verbanden sie sich damit mit den Hunderttausenden, die im September in Manila mit den gleichen Vorwürfen gegen die Regierung protestiert hatten.



Foto: SOS

Philippinen: Nach dem Sturm ist vor dem Sturm

Spendenstichwort: Nothilfe

Am Rande des Paradieses

Juristische Unterstützung für
Geflüchtete in Südafrika

Für die globale Surf-Community ist Muizenberg, direkt am Meer bei Kapstadt gelegen, ein Paradies: endloser Sandstrand, verlässlich rollende Brandung, Cafés, Galerien und B&B-Unterkünfte. Für andere, die hierhergekommen sind, ist das Leben indes eine ständige Zumutung. In Townships wie Vygrond und Capricornden sind zahlreiche Migrant:innen und Geflüchtete gestrandet, die auf vielfältige Weise diskriminiert und ausgebeutet werden. Ihre Arbeitsverhältnisse sind oft prekär, viele sind – nicht zuletzt infolge des starken Wachstums der Tourismusindustrie – immer wieder von Zwangsräumungen aus Wohnungen oder Vertreibungen von Grundstücken betroffen. Hinzu kommt die wachsende Xenophobie, die sie als tägliche Ausgrenzung und Gewalt erfahren. In diesem Umfeld ist die Africa Revival Foundation (ARF) entstanden. Auslöser für die Gründung der Community-basierten Selbsthilfeorganisation war einst ein erfolgreicher Arbeitskampf von Locals und Migrant:innen gegen unrechtmäßige Entlassungen. Heute organisiert die ARF neben einer kleinen Suppenküche und Angeboten für Kinder und Jugendliche vor allem niedrigschwellige Rechtshilfe von solidarischen Anwält:innen. Es geht um arbeitsrechtliche Konflikte, Entschädigungen für Fälle von Ausbeutung und Diskriminierung – und immer wieder um den Schutz vor Vertreibung. Hierbei prallen die gegensätzlichen Welten der Township-Bewohner:innen und der Profiteure des Surftourismus dann ganz unmittelbar aufeinander.

Spendenstichwort: Menschenrechte

Ein sicherer Ort

Zehn Jahre Schutzhaus für geflüchtete Frauen in Marokko

Es ist ein Paradebeispiel von Selbstorganisation: Vor zehn Jahren hat die „Vereinigung der Geflüchteten und der migrantischen Gemeinschaften in Marokko“, so der übersetzte Name der Partnerorganisation ARCOM, in Rabat ein Schutzhaus eröffnet. In diesem finden geflüchtete Frauen aus Subsahara-Afrika und ihre Kinder bis heute Schutz, Ruhe und Zuflucht. Die meisten haben lange Fluchtwege hinter sich und sind in Marokko alltäglich von rassistischer und sexualisierter Gewalt, Ausbeutung und Schikanen durch die Behörden bedroht. Nicht zuletzt auf Druck aus Europa laufen sie jederzeit Gefahr, abgeschoben zu werden. Das Schutzhaus bietet ihnen nicht nur eine sichere Unterkunft und eine Grundversorgung, sondern auch Zugang zu medizinischer Hilfe und Unterstützung bei Asylgesuchen. Zudem gibt es Weiterbildungs- und Berufsbildungsangebote für die Frauen. Neben dem Schutzhaus unterstützt medico auch die politische Arbeit von ARCOM. So hat ARCOM im Oktober zusammen mit dem Netzwerk Afrique-Europe-Interact die transafrikanische Konferenz „Wir migrieren um zu leben, nicht um zu sterben“ durchgeführt, die sich gegen die auf dem afrikanischen Kontinent spürbaren Konsequenzen der europäischen Externalisierungspolitik wendet.

Spendenstichwort: Flucht und Migration



Die Welt brennt und eine neue Generation von Aktivist:innen begehrt auf – nicht zuletzt gegen postkoloniale Zustände. Eindrücke aus Lateinamerika, Asien und Afrika

Es reicht



Black Lives Matter

Gespräch mit der medico-Partnerin Ana Santos über das Massaker der brasilianischen Polizei in ihrem Viertel



Ana Santos vom Centro de Integração na Serra da Misericórdia (CEM)

Bei einer Operation gegen des Drogenkartell Comando Vermelho tötet die Militärpolizei Ende Oktober über 120 Menschen in zwei Favela-Komplexen Rio de Jaineros. In einer der Favelas, dem Complexo da Penha, ist die medico-Partnerorganisation Centro de Integração na Serra da Misericórdia (CEM) zu Hause. Mitbegründerin Ana Santos spricht über das größte Massaker in der Geschichte Rios und darüber, wie sie mit ihrer Arbeit weitermachen werden. Jetzt erst recht.

Zunächst einmal: Wie geht es dir, deiner Familie und deinem Umfeld heute, wenige Tage nach den Angriffen auf eure Nachbarschaft?

Es ist tatsächlich schwer zu sagen, wie es uns geht. Angesichts all der Verletzungen, die wir erlebt haben und weiterhin erleben, verspüre ich immer noch ein Gefühl der Panik. Ich kann nicht darüber sprechen, ohne zu weinen. In unserem Zentrum, in dem wir neben kommunitären Bildungsangeboten auch Lebensmittel aus eigenem Anbau verarbeiten, musste kürzlich eine von uns früher nach Hause gehen, weil sie auch mehrere Tage nach dem Massaker noch so stark zitterte, dass sie die Lebensmittel nicht anfassen, halten oder schneiden konnte. Die Polizeigewalt hat uns sehr zum Nachdenken darüber gebracht, was es bedeutet, in einem Gebiet zu leben, das vom Staat aufgegeben wurde. Und auch darüber, wie lange wir all das überhaupt noch aushalten und durchhalten können.

Wo wart ihr während der Polizeioperation und wie habt ihr euch geschützt?

Bei den Polizeirazzien, die es in unseren Vierteln regelmäßig gibt, bleiben wir immer alle zu Hause. Das ist unsere Regel, quasi ein ungeschriebenes Protokoll unserer Gemeinschaft und der verschiedenen Gruppen, die hier zusammen leben und arbeiten. Gemein-

sam bestärken wir in diesen Situationen die Bewohner:innen der Favela, zu Hause zu bleiben und beispielsweise die Anweisungen ihrer Arbeitgeber zu ignorieren. Die Chefs drohen in der Regel damit, die arbeitenden Leute, egal ob sie formell oder informell arbeiten, zu entlassen, wenn sie nicht zur Arbeit erscheinen. Doch der Weg zur Arbeit ist unter solchen Bedingungen mitunter lebensgefährlich. Wir verlassen also unsere Häuser nicht, wir halten uns nicht einmal in unseren Gärten auf. Stattdessen kommunizieren wir über diverse

Die Polizeigewalt wirft die Frage auf, was es bedeutet, in einem Gebiet zu leben, das vom Staat aufgegeben wurde.

WhatsApp-Gruppen, von denen manche offen für alle sind, andere wiederum nur für Mitglieder einer bestimmten Gruppe. Über diese Kommunikation informieren wir uns darüber, ob die Polizei in der Nähe unseres Wohnortes ist, ob jemand krank ist oder anderweitige Hilfe benötigt. Auf diese Weise gelingt es uns, kollektiv eine Polizeioperation zu überstehen, ohne auch nur einen Fuß vor die Tür zu setzen.

Wie stark ist eure Gegend von der Polizeioperation betroffen gewesen?

Wir wohnen und arbeiten inmitten des Complexo da Penha, einem Verbund aus 13 Favelas im Norden von Rio de Janeiro. Dort, wo wir unser Zentrum betreiben, befindet sich auch der Gebirgszug der Serra da Misericórdia, der innerhalb der Favela beginnt und durch einen Steinbruch führt. Die Gegend hat

einen sehr schlechten Ruf, weil Gewalt hier zum Alltag gehört und auch die Drogenkartelle eine starke und sichtbare Präsenz haben. Sicherheitsapparate und die Medien haben dem Ort immer wieder böswillige Spitznamen gegeben, wie Serra da Violência („Berg der Gewalt“) oder auch Serra do Crime („Berg des Verbrechens“). Diese Diskreditierung wirkt sich negativ auf uns Bewohner:innen aus und es ist nicht verwunderlich, dass nach dem Polizeimassaker viele Leichen genau hier gefunden wurden.

Wie ging es weiter, nachdem die Polizeioperation beendet war?

Als das Massaker vorbei war, wurden Dutzende Tote auf offener Straße nebeneinander aufgereiht. Vor aller Augen lagen sie da. Viele aus dem Viertel sagten, sie denken dabei an Gaza, ich aber dachte an die Sklavenschiffe, auf denen ein Teil der Schwarzen Bevölkerung umkam und auf den Meeresboden geworfen wurde, nachdem sie zuvor in Reihen aufgestapelt worden waren. Am Tag danach suchten wir nach weiteren Leichen. Ich sah Kinder, wie sie nach den toten Körpern ihrer Familienangehörigen und Freund:innen suchten. Ich war entsetzt. Ich hatte bei unserem Engagement hier immer die Fantasie vor Augen, dass diese Kinder der Serra da Misericórdia eines Tages vielleicht Früchte pflücken, die Vögel beobachten oder Wasser aus dem Fluss trinken würden. Ich frage mich, wie all das möglich sein kann. Warum passiert solch eine Gewalt selbst hier, wo es Wasser gibt und guten Boden für den Anbau von Lebensmitteln, um uns Favela-Bewohner:innen zu versorgen? Warum geht der Staat selbst mit so einem Ort dermaßen gewaltvoll um, anstatt mit ihm und seinen Bewohner:innen so etwas wie Perspektiven zu entwickeln?

Es war zwar das schlimmste, aber bei Weitem nicht das erste Polizeimassaker in der

Geschichte Rios. Woher kommt diese Gewalt?

Dass es solch eine Gewalt noch immer gibt, liegt schlichtweg am strukturellen Rassismus in Brasilien. Der Rassismus erlaubt es der Polizei, uns zu töten. Und solange wir in einem Land leben, dessen gesamte gesellschaftli-

Rassismus erlaubt es der Polizei, uns zu töten. Solange sich an dem strukturellen Rassismus nichts ändert, wird es diese Art von Gewalt weiter geben.

che Struktur rassistisch ist und in dem wir nicht einmal aussagekräftige öffentliche Daten über die Lebensumstände der Schwarzen Bevölkerung haben, solange wir weiterhin schlechtere Löhne gezahlt bekommen und solange die Ungleichheit weiterhin zunimmt, weil wir einfach keine Zugänge zu den öffentlichen Institutionen und Ressourcen bekommen, solange wird es auch diese Art von Gewalt geben.

Was wird CEM als Nächstes unternehmen, was sind eure nächsten Schritte?

Wir machen trotz allem damit weiter, womit wir 2011 begonnen haben: Wir sorgen für das, wofür der Staat nicht aufkommt. Es gibt hier keine öffentlichen Investitionen in die soziale Infrastruktur, es gibt keine guten Schulen, keine funktionierende Gesundheitsstation. Also kümmern wir uns darum. Wir entwickeln gemeindebasierte Strategien für unsere Gesundheitsversorgung, ebenso wie für eigene Bildungseinrichtungen. Wir fördern eine agrarökologische Produktion von Lebensmitteln

und vermitteln im Rahmen unserer Möglichkeiten ein Verständnis von dekolonialer Kultur und Bildung von unten. Eigentlich stärken wir selbst unsere Menschenrechte, indem wir eine aktive und teilhabende Bürger:innen-schaft herstellen, anstatt sie nur einzufordern. Und stell dir vor, sowohl Kinder als auch Erwachsene kommen zu uns, nutzen unser Angebot und unsere Räume, weil sie im Unterschied zu den staatlichen Alternativen hier in Würde sein können. Und jetzt kommt erneut die Militärpolizei, um uns diese Würde gewaltsam zu entreißen. Doch wir machen weiter. Wir säen weiter, wir bilden weiter, wir bauen weiter – aktuell an einem neuen Gemeinschaftsplatz. Wir organisieren uns und leisten so Widerstand. Und wir wachsen.

Das Interview führte Timo Dorsch.

Gegen Kirche und Staat

Ein Kollektiv, das in der mexikanischen Grenzstadt Ciudad Juárez Frauen bei Abtreibungen unterstützt, erklärt seine Arbeit

Von Aborteras del Norte

Wir alle haben das Recht, über unsere Körper zu entscheiden. Als Kollektiv Aborteras del Norte sorgen wir dafür, dass alle, die uns kontaktieren, von diesem Recht Gebrauch machen können, wenn ihnen andere Wege verwehrt sind. Denn obwohl das Oberste Gericht in Mexiko 2021 Schwangerschaftsabbrüche innerhalb der ersten drei Monate legalisiert hat, haben viele Schwangere kaum Zugang zu Abbrüchen und den dafür relevanten Informationen. Es geistern sehr viele falsche Informationen über Schwangerschaft, Abtreibung und alles, was reproduktive Gesundheit umfasst, herum. Wir wollen daher verhindern, dass Menschen in solch einer Situation, die durchaus überfordernd sein kann, an eines der unzähligen „Pro-Life“-Netzwerke geraten, die den Schwangeren einreden, dass Abtreibungen inakzeptabel und sündhaft seien. Letztlich geht es darum, den Schwangeren die Angst zu nehmen, damit sie möglichst selbstbestimmt Entscheidungen treffen können.

Der Bedarf ist groß: Obwohl wir nur zu sechst sind, haben wir in den zwei Jahren seit unserer Gründung über 700 Fälle ehrenamtlich begleitet. Die Schwangeren nehmen über Social Media Kontakt zu uns auf. Die meisten von

ihnen befinden sich zwischen der fünften und der zehnten Schwangerschaftswoche. Wir klären auf und stellen ihnen, wenn nötig, Medikamente für den Abbruch zur Verfügung. Denn häufig erhalten wir auch Anfragen von Schwangeren, denen in Apotheken die üblichen Medikamente für den Abbruch, Mifepriston oder Misoprostol, verweigert werden, obwohl letzteres sogar rezeptfrei ist. Viele können sich auch die Kosten für die Medikamente nicht leisten. Für diese Frauen haben wir immer kleine Pakete vorrätig, die alles enthalten, was für einen Abbruch zu Hause notwendig sein kann. Neulich haben wir bei einem feministischen Basar mitgemacht und konnten mit den Einnahmen eine Reihe neuer Medikamenten-Kits zusammenstellen.

Die Risiken eines medikamentösen Abbruchs sind zwar sehr gering, dennoch schafft er für viele emotional und psychisch eine schwierige Situation. Wir unterstützen die Frauen dabei, in dem gesamten Prozess aufgeklärt und selbstbestimmt handeln zu können. In dieser Phase bis zur zwölften Schwangerschaftswoche begleiten wir ausschließlich online. Abbrüche nach der zwölften Woche brauchen eine spezialisiertere Begleitung. Dafür haben

wir noch nicht die Kapazitäten, obwohl einige von uns Medizinstudentinnen sind. Erreichen uns Fälle jenseits der zwölften Woche, leiten wir sie an andere Beratungsstellen weiter und sorgen dafür, dass die Personen eine angemessene Begleitung bekommen.

Ein Schritt vor, zwei zurück

Die meisten Menschen, die uns kontaktieren, sind recht jung. Genaue Zahlen dazu haben wir nicht, weil wir abgesehen von medizinisch relevanten Informationen über Vorerkrankungen, Blutgruppe oder Allergien keine Daten erheben. Wenn jemand anonym bleiben will, muss das vollumfänglich möglich sein. Viele erzählen uns dennoch ihre Geschichte. Häufig handelt es sich um junge Frauen, die noch zur Schule gehen und kein Geld für eine Abtreibung haben. Nicht selten kommen Betroffene sexualisierter Gewalt auf uns zu und wollen den Abbruch ohne das Wissen des Täters durchführen. In diesen Fällen klären wir ausführlich über das Recht auf medizinische Versorgung, aber auch über juristische Möglichkeiten auf. Die meisten Vergewaltigungsoffer, die zu uns kommen, sehen aber von einer Anzeige ab und beantragen auch keinen operativen Abbruch – was ihnen rechtlich zustünde –, um nicht stigmatisiert oder gar kriminalisiert zu werden.

Wir arbeiten vor allem im nördlichen Bundesstaat Chihuahua, der an Texas in den USA grenzt. Die Gegend ist extrem konservativ, der Einfluss evangelikaler Gruppen enorm. Die Landesregierung von Chihuahua stellt sich offen gegen das Recht, selbst über den eigenen Körper entscheiden zu können, aber auch gegen die Ehe für alle oder Grundrechte für Migrant:innen. Im Bereich reproduktiver Rechte oder der sexuellen Selbstbestimmung queerer Menschen machen wir häufig einen Schritt

vor, erkämpfen wichtige Errungenschaften, um dann wieder zwei Schritte zurückgedrängt zu werden. Hier in Chihuahua wurde zwar im vergangenen Jahr ein Gesetz zur Legalisierung von Abbrüchen verabschiedet. Aber danach folgte eine Welle von Desinformationskampagnen. Zudem hat die extrem konservative Landesregierung chaotische Verfahren eingeführt, die gezielt Verwirrung stiften.

Die politischen Entwicklungen in den USA und in Mexiko sind eng miteinander verwoben, was die Situation für Kollektive und Initiativen wie uns, die zu reproduktiven Rechten arbeiten, noch schwieriger macht. Wenn hierzulande Mittel gestrichen und zivilgesellschaftliche Organisationen unter Druck gesetzt wurden, konnte das früher oftmals mit Unterstützung aus den USA abgefedert werden. Diese Ressource ist heute komplett blockiert und inzwischen kommen neben Migrantinnen, die auf dem Weg in die USA sind, auch Frauen aus den USA nach Mexiko, um hier einen Abbruch vornehmen zu lassen, weil es sicherer ist. Zwar gibt es viele Websites in den USA, die auch Medikamente für den Schwangerschaftsabbruch verschicken. Manche Anbieter, etwa in Texas, liefern allerdings nicht in Städte oder Bundesstaaten, in denen Abbrüche komplett verboten sind.

Auch wenn die Umstände nicht einfacher werden, verlieren wir nicht den Mut. Im Gegenteil. Entlang der Grenze zwischen Mexiko und den USA gibt es starke Netzwerke, die Schwangerschaftsabbrüche begleiten. Wir werden unsere Arbeit fortsetzen, uns noch besser vorbereiten und vernetzen. Frauen treiben seit Tausenden von Jahren ab. Sie werden es weiterhin tun. Auch wenn der Staat, die Kirche oder wer auch immer es verbieten wollen: Wir werden Wege finden, sie zu unterstützen.



Über Jahrzehnte galt Lateinamerika als Kontinent der Befreiung. Das war auch bei medico international so. Nicht immer stimmten die Vorstellungen mit der komplexen Realität der lateinamerikanischen Gesellschaften überein, und doch wussten hier viele: Eine andere Welt ist möglich!

Aber die lateinamerikanische Gegenwart ist auch Ausdruck einer Herrschaftslogik, die jedes Streben nach Demokratie, Selbstbestimmung und Befreiung untergräbt. Ihr stehen unzählige Kämpfe für das Offene, das Gemeinsame gegenüber – kurzum: für die Zukunft. medico international steht an der Seite dieser Kämpfe, die auch von unseren Partnerorganisationen geführt, begleitet und unterstützt werden.

Spendenstichwort: Lateinamerika

Rolle rück- wärts



Foto: Claudius Rirako

Jemandem einen Bären aufstellen: die neue Statue vor der deutschen Botschaft in Windhoek

Anhaltender Widerstand in Namibia verhindert, dass Deutschland sich seiner Kolonialgeschichte entzieht

Von Julia Manek

Der Gerichtssaal des namibischen High Courts in Windhoek ist an diesem 7. Oktober bis zum Bersten gefüllt. Auch auf den umliegenden Zufahrtsstraßen ist das Gedränge groß. Von der Independence Avenue über die John Meinhard Street bis zur Lüderitz Street: Überall sind Würdenträger:innen der Ovaherero und Nama in traditionellen, festlichen Gewändern auf dem Weg zum zweithöchsten Gericht des Landes zu sehen. Denn dort wird heute über eine von ihnen eingereichte Klage verhandelt: Sie fechten die zwischen den Regierungen von Namibia und Deutschland ausgehandelte „Joint Declaration“ an. Dabei geht es um nichts Geringeres als die Aufarbeitung des kolonialen deutschen Völkermords und die Frage, wer daran wie zu beteiligen ist.

Schlussstrich-Politik

Ein Blick zurück. Nachdem Deutschland sich über Jahrzehnte mehr um die Lage der deutschsprachigen Namibier:innen gekümmert hatte als um die Aufarbeitung der deutschen kolonialen Gräueltaten, kamen 2015 infolgedes anhaltenden Drucks von Ovaherero- und Nama-Communities Gespräche zwischen Vertretungen der beiden Staaten über eine gemeinsame Erklärung zustande. Die Bundesregierung prägte die Rede von einem „Versöhnungsabkommen“. Im Mai 2021 wurde eine erste Version veröffentlicht. In dieser wird zwar

der Völkermord erwähnt, allerdings nur indirekt, nämlich als „events that, from today's perspective, would be called genocide“. Für die kolonialen Verbrechen – von Vernichtungskriegen gegen die Ovaherero und Nama über die Internierung der Überlebenden in Konzentrationslagern, die oft tödliche Zwangsarbeit, die Enteignung der betroffenen Gruppen bis zur Verschleppung menschlicher Überreste nach Deutschland und ihrer Nutzung für pseudowissenschaftliche Forschung – räumt die Bundesregierung damit eine politisch-moralische, nicht aber eine juristische Schuld ein. Folglich sieht die Erklärung denn auch keine Reparationen, sondern lediglich die Zahlung von Entwicklungshilfe vor. Im Gegenzug soll die namibische Regierung „im Namen aller Namibier:innen“ die deutsche Entschuldigung annehmen, um die „schmerzvolle Vergangenheit“ ein für alle Mal hinter sich zu lassen.

Die Nachfahren und eine Vielzahl von UN-Sonderberichterstatter:innen weisen das Abkommen scharf zurück. Darüber hinaus steht infrage, ob es überhaupt rechtmäßig zustande gekommen ist. Das namibische Parlament hatte nämlich 2006 beschlossen, dass – sollte es je zu Verhandlungen mit Deutschland kommen – die vom Völkermord betroffenen Communities maßgeblich mit am Verhandlungstisch sitzen. Das taten sie aber nicht. Der deutsch-namibische Politikwissenschaftler Henning Melber nennt das eine Strategie der

„kalkulierten Vermeidung“. Gegen ihren Abschluss hatten die Organisationen Ovaherero Traditional Authority (OTA) und Nama Traditional Leaders Association (NTLA) schon während der laufenden Verhandlungen 2017 vor dem Obersten Gerichtshof in New York gegen die Bunderepublik geklagt. Nachdem dies 2021 aus formalen Gründen abgelehnt wurde, wandten sie sich gemeinsam mit der Partei Landless Peoples Movement (LPM), die der Dominanz der Regierungspartei und ehemaligen Befreiungsbewegung SWAPO vor allem im Süden Namibias eine progressive Alternative entgegengesetzt, an den High Court in Windhoek. Diese Klage richtet sich nun auch gegen die eigene Regierung. Zu klären ist, ob sie allein mit Deutschland hätte verhandeln dürfen.

Deutschland fehlt

Nun sitzen alle Parteien gemeinsam im Gerichtssaal in Windhoek. Fast alle, denn eine fehlt: die ebenfalls beklagte Bundesrepublik Deutschland. Der namibische Staat hat eigens einen namibischen Anwalt bezahlt, der sich auf die staatliche Immunität Deutschlands beruft, um die deutsche Abwesenheit zu rechtfertigen. Im dunkel vertäfelten Sitzungssaal ergreift die junge LPM-Parlamentarierin Utaara Mootu das Wort. Sie fragt, ob es nicht neokolonial sei, der ehemaligen Kolonialmacht mit namibischen Steuergeldern den Rücken freizuhalten. Die medico-Partnerin Sima Luipert, Sprecherin des technischen Komitees der NTLA, sagt es so: „Das Nichterscheinen der deutschen Regierung kommt nicht überraschend. Das Gleiche hatte eine ihrer Vorgängerregierungen auch im New Yorker Prozess versucht – bis die Richter:innen sie vor Gericht zitierte und ihr Anwalt erschien. Auf Kosten der Nachfahren der Überlebenden des Völkermords will sich Deutschland mit aller Macht reinwaschen.“

Auch lange nach der Überwindung des deutschen Kolonialismus und der südafrikanischen Apartheid ist die namibische Gesellschaft tief gespalten. Die Vergangenheit wirkt nach. So ist das Land mit rund vier Millionen Einwohner:innen weiterhin von der ökonomischen Macht der weißen Siedlernachfahren geprägt. Laut des Zensus von 2023 sind lediglich 1,8 Prozent der Bevölkerung weiß. Die Minderheit besitzt jedoch rund 70 Prozent des fruchtbaren

Das von Deutschland vorangetriebene „Versöhnungsabkommen“ hängt in der Luft. Nama und Ovaherero bestreiten seine Legitimität – und haben geklagt.

namibischen Farmlandes, das während des Kolonialismus geraubt wurde. Die Verfassung des 1990 von der südafrikanischen Apartheid befreiten und fortan von der SWAPO regierten Namibias sah nicht etwa die Landrückgabe vor, sondern den Schutz des bestehenden Privateigentums. Zwar vertritt die SWAPO auch nach der umstrittenen Wahl im vergangenen Jahr weiterhin offiziell die Mehrheit der Wähler:innen. Sie repräsentiert jedoch nicht alle Gruppen, deren Territorien die Staatsgrenze des heutigen Namibias umfasst. Während der Süden mit der kolonialen „Polizeizone“ identisch ist, waren die Gebiete nördlich der „roten Linie“ nicht vom Landraub des deutschen Kolonialismus betroffen. Die absolute Mehrheit ihrer Stimmen verdankt die SWAPO den nördlichen Gebieten oberhalb der roten Linie.

Die Nama und Ovaherero hingegen wurden durch den deutschen Völkermord zu Minder-

heiten gemacht und in Armut gestürzt. Trotzdem verfügen sie heute über erheblichen politischen Einfluss. Ähnlich wie im politischen Berlin kennt man sich unter den politisch Aktiven der vier Millionen Einwohner:innen des Landes. Und nicht wenige Schlüsselfiguren jener indigenen Bevölkerungsgruppen, die gegen den Kolonialismus kämpften, waren auch Widerstandskämpfer:innen der Antipartheidbewegung. So rettete Hosea Kutako, einstiger Anführer der Ovaherero, den ersten SWAPO-Präsidenten in spe, Sam Nujoma, vor der Verfolgung des südafrikanischen Apartheidregimes. Noch heute trägt der internationale Flughafen der Hauptstadt seinen Namen. Der anhaltende Widerstand der Nama und Ovaherero und ihr politischer Einfluss haben jedenfalls dazu geführt, dass das namibische Kabinett die „Joint Declaration“ bis heute nicht unterzeichnet hat.

RWE: Als habe man verstanden

Während in Windhoek verhandelt wird, spricht Sima Luiperts Mitstreiter Paul Thomas in Deutschland über den deutschen Kolonialismus – auf der von medico mitorganisierten Speakers'-Tour zu grüner Wasserstoffproduktion in Namibia. Der Hintergrund: In den Nama-Gebieten soll das Megaprojekt Hyphen gebaut werden. In rund zehn Jahren soll es so viel Energie aus grünem Wasserstoff für den deutschen Exportmarkt liefern wie fünf Kernkraftwerke. Was verlockend klingt, hat absehbar verheerende Folgen – sowohl für die Umwelt als auch für den Kampf gegen die anhaltenden Folgen der Kolonialverbrechen. Denn wird das Projekt wie geplant umgesetzt, würden ein weltweit einzigartiges Ökosystem auf Land und im Wasser und damit wichtige Einkommensquellen zerstört. Auch Orte der Erinnerung an koloniale Verbrechen würden „überschrieben“. Hyphen droht zu einer Reinszenierung zu wer-

den, bei der deutsche Interessen erneut die Rechte und Lebensgrundlagen der Menschen untergraben.

„Damals kamen die Deutschen mit Schutzverträgen. Heute kommen sie mit grünen Wasserstoffpartnerschaften“, sagt Paul Thomas. Er steht auf der Bühne des medico-Veranstaltungsraumes und verliest vor staunenden Zuhörer:innen einen Brief von RWE. Der Energiekonzern hat Hyphen unlängst die Abnahme von 300.000 Tonnen grünem Wasserstoff zugesichert. Auf eine Intervention bei der RWE-Aktionärshauptversammlung und einen anschließenden Brief, in dem die NTLA gemeinsam mit politischen Partnern auf die kolonialen Kontinuitäten des Hyphen-Projektes hinwiesen, antwortete RWE: „Zum jetzigen Zeitpunkt verfolgt RWE keine Geschäftsprojekte mehr in Namibia. Wir nehmen unsere Verantwortung ernst und respektieren die Stimmen der indigenen Völker und zivilgesellschaftlichen Organisationen zutiefst. Sinnvolles Engagement, Umweltverantwortung und der Schutz der Menschenrechte – einschließlich derjenigen der indigenen Gemeinschaften – stehen im Mittelpunkt unseres Geschäftsverhaltens.“

Was in Namibia politisch ins Gewicht fällt, erscheint den Zuhörenden in Frankfurt am Main unglaublich. Just jener Konzern, der die Kosten seines Geschäftsmodells auf die Allgemeinheit und die Menschen im globalen Süden abzuwälzen versucht und sich mit Vehemenz gegen das Lieferkettengesetz wehrt, soll Hyphen aus Sorge um indigene Rechte absagen? Für RWE wäre es ein Leichtes, die Rechte der Nama zu stützen und ihre Forderungen nach Transparenz, Sorgfaltspflicht und Demokratie starkzumachen – stünden die Zeichen für grünen Wasserstoff nur besser. Ebendiese aber haben sich mit dem Berliner Regierungswechsel und einer Kehrtwende in der Energiepolitik

verändert. Schon im Wahlkampf hatte der heutige Kanzler Friedrich Merz sich skeptisch über die Zukunft von grünem Wasserstoff in der Stahlproduktion geäußert. Heute spricht die nahtlos vom Gaskonzern Westenergie ins Wirtschaftsministerium gewechselte Habeck-Nachfolgerin Katharina Reiche von „Wasserstoff in allen Farben“ und bremst die Energiewende spürbar aus. Subventionen für erneuerbare Energien will sie drastisch kürzen und in Gaskraft investieren. Der Schwenk von RWE in Namibia dürfte eher damit als mit Respekt vor den „Stimmen der indigenen Völker“ zu tun haben.

Erinnerungspolitische Kehrtwende

Die Rolle rückwärts der neuen Bundesregierung ereignet sich indes nicht nur auf dem Feld der Energiepolitik. Zwar sieht der Koalitionsvertrag die Intensivierung der „Aufarbeitung“ des Kolonialismus vor – doch Kulturstatsminister Wolfram Weimer betreibt faktisch das genaue Gegenteil. So warnt er immer wieder, dass das koloniale Gedenken den Holocaust relativieren könne. Eine im Lichte der aktuellen Forschung unhaltbare These: Immer mehr verdichten sich die Hinweise auf ideologische, technische und personelle Kontinuitäten, die vom kolonialen Völkermord in den Nationalsozialismus reichten.

Statt diese Entwicklungen zur Kenntnis zu nehmen, verschanzt sich Weimer jedoch hinter der Singularitätsthese und hat die Mittel für koloniales Gedenken mittlerweile um über 90 Prozent gekürzt und das Gedenkstättenkonzept seiner Vorgängerin Claudia Roth gekappt. Während in Namibia immer noch die Gräber der Täter von den deutschen Siedlernachfahren geehrt werden, gibt es in Deutschlands Hauptstadt bis heute keine zentrale Gedenkstätte für die Opfer des Kolonialismus. Seit Jahren

fordern die Nachfahren der Völkermord-Überlebenden in Namibia und Aktivist:innen genau das – einen Erinnerungsort in ebenjener Stadt, in der auf der Berliner Konferenz 1884 der europäische Zugriff auf den afrikanischen Kontinent organisiert wurde. Ein detaillierter Vorschlag des Modellprojekts „Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt“ liegt vor. Seine Realisierung steht in den Sternen.

Dafür gibt es in Windhoek jetzt eine neue Statue. Mitte Oktober reiste Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft in die namibische Hauptstadt. Es ging um wirtschaftliche Beziehungen, Sicherheitsfragen und „Verantwortungsübernahme“. Bei dieser Gelegenheit weihte Wegner vor der deutschen Botschaft als Zeichen der „tiefen Verbundenheit zwischen den beiden Städten und Staaten“ einen bunten Berliner Buddy Bär ein. Er lächelt und hebt die rechte Tatze zum Gruß.



Julia Manek, bei medico für die Region südliches Afrika zuständig, war zuletzt im September in Namibia und hat die jüngste Veranstaltungsreihe „Grüner Wasserstoff – ein neues Kapitel deutscher Kolonialgeschichte?“ mitorganisiert und moderiert.

An der Seite der Nachfahren der Völkermord-Opfer unterstützt medico die Aufarbeitung der deutschen Kolonialverbrechen in Namibia dort und hier. Denn die Vergangenheit ist nicht vergangen.

Spendenstichwort: Namibia dekolonial

DIALEKTIK DER HILFE

IST DER RÜCKZUG DES WESTENS AUCH EINE CHANCE?



Tim Mulhanga koordiniert die Projektarbeit im südlichen Afrika. Die Partner:innen von Sinani besuchte er zuletzt im September.

Mit der Welle kolonialer Befreiungsbewegungen begann nach dem Zweiten Weltkrieg die Ära der Entwicklungszusammenarbeit und der internationalen Hilfe. Jahrzehntlang prägten diese die Nord-Süd-Beziehungen. Gegenwärtig aber werden sie rückgebaut oder gar abgewickelt. Prominentestes Beispiel: die drastischen Einschnitte bei USAID. Die Folgen sind nicht zuletzt in vielen afrikanischen Gesellschaften verheerend – vor allem, weil USAID nahezu über Nacht beendet wurde und damit von jetzt auf gleich Millionen Menschen der Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten und Infrastrukturen entzogen wurde. Doch reicht es, diese Folgen nur zu beklagen? Ist die einzige Zukunftsvision die erneute, reformierte Bereitstellung der Mittel?

Seit Langem kritisieren NGOs, unter ihnen auch medico, dass die gängige Form der Entwicklungszusammenarbeit und Programme wie USAID Abhängigkeiten schaffen, lokale Märkte zerstören sowie als Instrumente geo- und handelspolitischer Interessen dienen können. Simanga Sithebe, Direktor von medicos südafrikanischem Kooperationspartner Sinani, hat über Jahre beobachtet, wie autonome Initiativen im Gesundheits- und Sozialbereich durch USAID verdrängt wurden. Unternehmer:innen und NGOs seien zu verlängerten Armen einer neoliberalen, entpolitisierten Bürokratie geworden. Trotz der Leistungen von USAID, so Sithebe, habe das System „Roboter aus unseren Fachkräften gemacht“. Während der Staat seine Verantwortung vernachlässigte, sei eine Parallelstruktur entstanden, die der Bevölkerung kaum Mitsprache ließ und sich – anders als nationale Institutionen – nicht verantworten musste. Wie dramatisch dieser Mangel an Rechenschaft ist, zeige sich daran, dass Programme durch eine Wahlentscheidung im fernen Westen von einem Tag auf den anderen beendet werden konnten.

Sithebe zufolge kommt es nun darauf an, dass politische Entscheidungsträger:innen proaktiv neue Pfade einschlagen und sich aus der alten Dynamik von Rohstoffexport und Hilfeimport lösen. Dass junge Generationen in afrikanischen Staaten ihre Unzufriedenheit mit den überkommenen Entscheidungen ihrer Eliten zunehmend offen und radikal artikulieren, lasse hoffen, dass langfristig tatsächlich neue Wege beschritten werden könnten. Darüber hinaus könnten die Kürzungen eine Neubewertung der Handelsbeziehungen mit dem globalen Norden ermöglichen. Denn mit dem Rückgang der Hilfe verlieren auch die mit ihr einhergehenden Druckmittel an Gewicht.

Tim Mulhanga

Im Moment spricht die Straße

In mehreren Staaten in Süd- und Südostasien erhebt sich die Jugend. Ist ein politischer Neuanfang möglich? Interview mit Ranabir Samaddar



Der Politikwissenschaftler Ranabir Samaddar leitet den Distinguished Chair in Migration and Forced Migration Studies der Mahanirban Calcutta Research Group. Anfang des Jahres ist sein Buch „Biopolitics from Below. Crisis, Conjunction, Rupture“ erschienen.

Myanmar, Sri Lanka, Bangladesch, Pakistan, Nepal, jetzt Indonesien und die Philippinen: In zahlreichen Staaten Süd- und Südostasiens sind seit 2021 breite Protestbewegungen entstanden, sogar mehrere Regierungen sind gestürzt. Die zum Symbol der Aufstände gewordene Piratenflagge aus der japanischen Anime-Serie „One Piece“ ist von Jugendprotesten in anderen Teilen der Welt aufgegriffen worden. Was ist da los?

Auf den ersten Blick scheinen es überall ähnliche Bewegungen zu sein. Dabei sollte man aber nicht übersehen, dass es in jedem Land andere Voraussetzungen und auch Auslöser für das Aufbegehren gibt. Sri Lanka war von einer extremen Wirtschaftskrise mit täglichen Stromausfällen, Benzinknappheit und einem drastischen Verfall der Lebensstandards gebeutelt, in Bangladesch erhoben sich junge Menschen, nachdem die Regierung mit einem Quotensystem für den öffentlichen Dienst ihre Aufstiegschancen beschränkte, in Nepal hat ein Verbot von Social-Media-Plattformen die Wut entfacht.

Dennoch gibt es ein gemeinsames Muster: Stets erhebt sich eine junge Generation angesichts trüber Zukunftsaussichten und

fehlender politischer Freiheiten. Manche sprechen von den „Gen-Z-Aufständen“, andere in Anlehnung an den sogenannten Arabischen Frühling in den frühen 2010er-Jahren sogar von einem „Asiatischen Frühling“.

Es mag verlockend sein, die Entwicklungen unter solch prägnante Slogans zu fassen. Ich finde das wenig hilfreich. Um zu verstehen, was da los ist, sollte man einen Schritt zurückgehen. Einen langen Asiatischen Frühling haben wir in den 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren erlebt, als ein Land nach dem

Einen Asiatischen Frühling haben wir in den 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren erlebt. Heute stecken die postkolonialen Systeme in einer massiven Legitimationskrise.

anderen die kolonialen und imperialen Fesseln abwarf. Staaten wurden unabhängig, ein nationales Bürgertum kam an die Macht und postkoloniale Systeme entstanden. Diese waren alle mehr oder minder stark von parlamentarisch-demokratischen und liberalen Elementen geprägt. Es ging darum, eine moderne Nation zu werden, in der – zumindest vielerorts – auch Minderheiten Platz finden. Das war nicht nur ein politischer Frühling, er verband sich mit umfassenden kulturellen Aufbrüchen etwa in Kunst und Literatur. Dieser Frühling ist aber lange vorbei, die postkolonialen Systeme haben sich alle im Laufe der Zeit deformiert – der Glaube an die Kraft des Parlamentarismus ist geschwunden, die Staaten sind von Nepotismus und Korruption

geprägt, der neoliberale, auf Extraktivismus ausgerichtete Kapitalismus richtete enorme Schäden an und führte zur Bereicherung Weniger. All das hat zu einer absoluten Legitimationskrise der Regierungen und des politischen Systems geführt: Das Misstrauen gegenüber den etablierten politischen Kräften ist gewaltig.

Die aktuellen Aufstände markieren also das Ende dieser postkolonialen politischen Systeme?

In jedem Fall haben viele einen äußerst kritischen Punkt erreicht – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. In Indien etwa ist trotz des autoritären und nationalistischen Kurses der Modi-Regierung der Glaube an das parlamentarische und föderale System mit geteilter Macht und einer bedeutenden Opposition noch weitgehend intakt. Unmut und spontane Mobilisierungen sind übrigens auch nicht ganz neu. In Südasien kam es in den vergangenen 20 Jahren immer wieder zu Protesten, ich erinnere nur an die massiven antiroyalistischen Aufstände in Nepal. Der interessante Punkt heute ist, dass es den Bewegungen tatsächlich gelingt, Regierungen zu stürzen – in Sri Lanka 2022, in Bangladesch 2024 und in Nepal im September 2025. Neu ist also nicht das Aufbegehren, neu sind das Ausmaß der Repräsentationskrise und die Schwäche der politischen Systeme. Mich erinnert das an die Umbrüche in Osteuropa. Auch dort sind realsozialistische Regime, die lange unantastbar schienen, binnen kürzester Zeit wie Domino-Steine gefallen – und das weitgehend ohne Gewalt. Die Herrschenden hatten sich derart diskreditiert, dass sie selbst die Loyalität von Polizei und Militär verloren hatten.

Was im Vergleich zur Arabellion auffällig ist: Damals besetzten die Protestbewegungen öffentliche Plätze. In Kairo etwa wurde der Tahrir-Platz zum Fixpunkt der Mobilisierung.

In Südasien werden hingegen Regierungsgebäude und Paläste gestürmt. Darin artikuliert sich ein Brass auf die Eliten, auf Verschwendung und Dekadenz. Könnte man von einer Rückkehr des Klassenkampfes sprechen?

Es gibt dieses Motiv, ja. Es handelt sich aber nicht um eine reine und klare Klassenbewegung, die treibenden Kräfte sind hauptsächlich Jugendliche der Mittelschicht. Alle Gesellschaften, über die wir hier reden, sind extrem jung. Es gibt also eine demografische Herausforderung, auf die die Regierungen Antworten finden müssten. Das fällt umso

Eine Ordnung zu Fall zu bringen, ohne eine Vision oder auch nur Ahnung davon zu haben, was sie ersetzen soll, ist gefährlich.

schwerer, weil der Neoliberalismus Arbeitsplätze vernichtet hat und die Künstliche Intelligenz diese Tendenz noch verschärft. In den Ländern des Südens sind unzählige junge Männer und Frauen aus den Dörfern in die Städte gekommen. Dort finden sie aber keine Perspektiven, zurückkehren können sie auch nicht, weil es auch auf dem Land keine Perspektive gibt. In Nepal haben die Protestierenden klar gesagt: „Wir wollen keine Sklavenarbeit im Ausland, wir wollen Arbeitsplätze hier, zu Hause, in unserem eigenen Land!“ Dass die Regierungen bislang Antworten schuldig geblieben sind, hat zu dem populistischen Momentum des Aufstandes der Jugend geführt, das wir aktuell erleben. Auch die Linke ist mit der Frage konfrontiert, wie sie damit

umgehen soll. Und ich glaube, wir sollten vorsichtig mit Prognosen sein, wohin das Ganze führen wird. Was den sogenannten Arabischen Frühling mit den Bewegungen in Südasien heute verbindet, ist, dass sie über das Einverständnis, eine verknöcherte Ordnung stürzen zu wollen, hinaus keine konkrete Vorstellung haben, wohin es sich entwickeln soll. Der Mangel an Visionen ist eklatant. Es gibt keine Antwort auf die Frage „Was dann?“.

Dafür gibt es Gründe. Wir sprechen über Länder, in denen eine organisierte Linke entweder im Zuge von Militärjuntas und Bürgerkriegen eliminiert worden ist oder sich selbst diskreditiert hat. Die Frage lautet also auch: Geht es „nur“ um einen Mangel an Visionen – oder auch um Organisation und „Führung“? Die Bewegungen sind zwar nicht in klassischer Weise organisiert – aber über Social Media bestens vernetzt.

Auf der einen Seite gibt es die beschriebenen strukturellen Krisen. Auf der anderen Seite vermitteln soziale Medien ein Gefühl von Macht, das aus der sofortigen Kommunikation entsteht, aber illusorisch ist – manchmal sogar halluzinatorisch. Als ob die Jugend die Machtstrukturen auf diese Weise neu gestalten könnte. Das ist eine seltsame Form der Sozialität. Deleuzes These, dass der Kapitalismus eine Maschine zur Erzeugung von Begehren ist, könnte nicht treffender sein.

Wie wird es Ihrer Einschätzung nach weitergehen?

Ich würde es so sagen: Im Moment spricht die Straße. Wohin das führt, ist ungewiss. Eine Ordnung zu Fall zu bringen, ohne eine Vision oder auch nur Ahnung davon zu haben, was sie ersetzen soll, ist gefährlich. Solche Umbrüche setzen Dynamiken frei, auf die progressive, aber wenig organisierte Kräfte nicht unbedingt vorbereitet sind. Wir haben in Nordafrika und im Nahen Osten erlebt, wohin

das führen kann. Sei es in Libyen oder Ägypten: Vielerorts sind neue autoritäre Regime an die Macht gekommen, die im Gegensatz zu den Vorgängerregimen gar keine nationale Legitimation mehr haben und nicht mal mehr in der Geschichte eines postkolonialen Befreiungskampfes stehen. Diese Gefahren gibt es auch jetzt in Südasien. Um die dortige Entwicklung einzuordnen, muss man wissen, dass sich in den meisten Ländern in den vergangenen 20 Jahren im Zuge der Krise der politischen Systeme ein massiver Populismus breitgemacht hat, mal eher links, mal eher rechts. Gemeinsam ist ihm die Überzeugung, dass die bestehenden Institutionen für nichts mehr gut sind. Es mag darin auch anarchistische Momente geben. Man darf aber nicht übersehen, dass auch autoritäre und sogar faschistische Fraktionen mit am Werk sind. In Nepal gibt es zum Beispiel starke royalistische Tendenzen, die die Krone zurückholen wollen. In Bangladesch könnte das Militär früher oder später die Macht an sich reißen.

Gibt es nicht gute Gründe, zuversichtlicher zu sein? Immerhin ist in Sri Lanka der ehemalige Marxist Anura Kumara Dissanayake zum Präsidenten gewählt worden, in Bangladesch ist eine Übergangsregierung unter der Führung des Friedensnobelpreisträgers Muhammad Yunus im Amt und in Nepal hat mit der ehemaligen Präsidentin des Obersten Gerichtshofs, Sushila Karki, eine führende Antikorruptionsaktivistin die Regierungsgeschäfte übernommen.

Sri Lanka bildet eine Ausnahme. Dort haben die Wahl Dissanayakes und der überwältigende Erfolg des linken Bündnisses Nationale Volksmacht bei der Parlamentswahl das postkoloniale Parteiengefüge tatsächlich weggefeigt. Sie repräsentieren eine politische Kraft, die bislang nicht am Machtblock beteiligt war und damit auch nicht Teil der Legitimitätskrise sind.

Keine sri-lankische Regierung der letzten Jahrzehnte verfügte über ein solch umfassendes Mandat über die Volksgruppen hinweg, die Probleme des Landes anzugehen.

Ja, aber selbst hier wird die Zukunft nicht allein im Land selbst entschieden. Vieles hängt davon ab, wie sich die Großmächte China und Indien verhalten werden. Innerhalb eines bestimmten Rahmens ist die Situation in Sri Lanka offen. Aber es gibt rote Linien. Wobei es zumindest China relativ egal ist, ob sie es mit einem demokratischen oder autoritären System zu tun haben. Dem Regime in Peking geht es darum, seine wirtschaftlichen Interessen in den jeweiligen Ländern verfolgen zu können. Vor allem bei Indien stellt sich die Frage, ob sie die Politik des „Hands off“ fortsetzen oder ob sie an der Seite bestimmter Fraktionen eingreifen werden. Indien lernt erst langsam den chinesischen Stil.

Das Interview führten Christian Sälzer und Karin Zennig.

Auf eigene Faust

In einem Modellprojekt haben medico-Partner in Bangladesch eine kollektive Krankenversicherung für Textilarbeiter:innen eingeführt

Von Andreas Wulf

Sei es, dass endlos lange Stunden Akkordarbeit an der Nähmaschine den Rücken krumm werden lassen, giftige Dämpfe die Atemwege angreifen oder fehlende Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auch erkrankte Näher:innen zur Schicht antreten lassen: Die Arbeit in den unzähligen Textilfabriken Bangladeschs ist hochgradig gesundheitsschädlich. Die gesetzlich vorgeschriebene Minimalversicherung besteht meist nur auf dem Papier, sodass ärztliche Behandlungen häufig aus der eigenen Tasche bezahlt werden müssen. Darüber hinaus droht kranken Arbeiter:innen, die nicht zur Arbeit erscheinen, der Verlust des Arbeitsplatzes. Krankheit macht arm, Armut macht krank.

Mit dem wegweisenden Projekt einer kollektiven Krankenversicherung versucht die medico-Partnerorganisation Gonoshasthaya Kendra (GK), diesen Kreislauf aufzubrechen. Der Reihe nach: In Europa haben lange Auseinandersetzungen von Arbeiter:innen und ihren gewerkschaftlichen Organisationen im 19. und 20. Jahrhundert nicht nur bessere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und Arbeitsschutzregelungen durchgesetzt. Entstanden sind auch Betriebskrankenkassen, die Gesundheitsversorgung und teilweise auch Präventionsangebote finanzieren und entwickeln. Dieser soziale Kontrakt des „rheinischen Kapitalismus“ wur-

de im Zuge der Globalisierung in den letzten Jahrzehnten aufgekündigt oder umgangen, indem viele Unternehmen Teile ihrer „Werkbänke“ in andere Länder und Regionen verlagerten. So werden heute die meisten in Europa getragenen Jeans, T-Shirts und Pullover in Süd- und Südostasien gefertigt.

Ausbeutung gefährdet Gesundheit

In Bangladesch machen Textilien 80 Prozent der Exporte aus, in Satellitenstädten wie Ahulia, Panishail und Tongi rund um die Hauptstadt Dhaka produzieren rund vier Millionen Arbeiter:innen jährlich Waren im Wert von 35 Milliarden US-Dollar. Viele Bangladeschis hat dies in Lohn und Brot gebracht, vor allem junge Frauen sind so weniger abhängig von Familie und Ehemann geworden. Die Kehrseite: Auch wenn die Löhne in den vergangenen Jahren dank Arbeitskämpfen und gewerkschaftlicher Organisierung gestiegen sind, bleiben sie auf Druck der hohen internationalen Konkurrenz im Sektor „ready made garment“ deutlich unter dem, was ein existenzsicherndes Einkommen wäre. Die Produktion basiert auf kaum regulierter Ausbeutung und mangelndem Arbeitsschutz. Arbeitsunfälle sind häufig, die Arbeitsbedingungen hoch belastend.



Do it yourself: die medico-Partner von GK im Einsatz

Seit einigen Jahren setzt sich GK für diese neue Klasse der Industriearbeiter:innen des Landes ein. Auch das war ein langer Weg. Vor 50 Jahren begann GK, auf dem Land ein solidarisches Netzwerk von Basisgesundheits-einrichtungen aufzubauen. Getreu dem Motto von Gründer Zafrullah Chowdhury „Small is beautiful, but big is necessary“ ist die Organisation nach und nach zu einer der größten nichtstaatlichen Gesundheitsorganisationen Bangladeschs gewachsen. Ihre Gesundheits-arbeiter:innen betreuen mehr als eine Million Menschen in allen Teilen des Landes. Sie vermitteln medizinisches Wissen über Ernährung und Familienplanung. Der medico-Partner hat zudem für die Entwicklung einer landeseigenen Arzneimittelproduktion gestritten und stellt heute viele unentbehrliche Medikamente selbst her. Auch Katastrophenhilfe gehört zur GK-Arbeit, etwa bei den häufigen Hurrikannen aus dem Bengalischen Golf. Als 2013 dann

die Textilfabrik Rana Plaza unweit des Hauptsitzes von GK einstürzte und über 1.000 Menschen unter den Trümmern begrub, leistete GK unmittelbare Nothilfe und Rehabilitation der Überlebenden. Damit begann auch der Einsatz für die gesundheitliche Absicherung der Textilarbeiter:innen.

In vielerlei Hinsicht war das Neuland für die Organisation. Anders als in ländlichen Gebieten mit traditionellen sozialen Strukturen und lokalen Autoritäten hat es GK in den urbanen industriellen Lebenswelten mit hoher Mobilität der Gemeinschaften, komplexen sozialen Konflikten und Textilunternehmen unterschiedlicher Größe zu tun. In dieser Gemengelage hat GK verschiedene Konzepte von Gesundheitsprogrammen für Beschäftigte der Bekleidungsindustrie erprobt.

Kostenfreie Behandlung

Durch systematische Überzeugungsarbeit ist es nun gelungen, vertragliche Vereinbarungen zu schließen, in denen GK selbst eine Art „Kollektivversicherer“ darstellt. Aktuell sind die gesamten Belegschaften von fünf Firmen krankenversichert – über 20.000 Arbeiter:innen, in einer Firma zudem noch die Angehörigen. Für jede:n Arbeiter:in wird ein jährlicher Solidarbeitrag von 600 Taka (nach aktuellem Kurs ca. 4,30 Euro, das entspricht weniger als 0,5 % der Löhne) gezahlt, zunächst zur Hälfte von der Fabrik und zur anderen von einem externen Geber (in diesem Fall von medico). Nach und nach soll sich der Anteil der Fabrik bis zur vollen Summe erhöhen. Innerhalb des Programms können die Beschäftigten sich kostenfrei in einem der Gesundheitsdienste von GK behandeln lassen. Neben einer ambulanten Vor-Ort-Betreuung in kleinen Gesundheitsstationen während der Arbeitszeit können sie auch die GK-eigenen regionalen Gesundheits-

zentren sowie das GK-Krankenhaus im nahegelegenen Savar nutzen. So sind auch komplexere Erkrankungen behandelbar.

Die bisherigen Erfahrungen sind positiv. Beteiligte Ärztinnen und Ärzte berichten, dass Arbeiter:innen sich dank der leichten Zugänglichkeit der Versorgung nicht nur bei arbeitsbedingten Verletzungen oder Erschöpfungszuständen melden. Sie finden sich auch bei Beschwerden bei ihnen ein, die sie zuvor oftmals vergeblich mit frei verfügbaren Medikamenten aus Apotheken selbst behandelt haben und deren fachliche Abklärung ernstere Krankheitsverläufe verhindern kann. Eine Arbeiterin erzählt, dass sich durch die rasche und kostengünstige Verfügbarkeit von medizinischer Behandlung auch der mentale Stress verringerte, im Krankheitsfall mit hohen Kosten konfrontiert zu sein. Zufrieden äußern sich schließlich auch die Personalabteilungen der Fabriken. Die Absicherung habe die Arbeitszufriedenheit erhöht, was zu selteneren Arbeitsplatzwechseln führe. Auch verkürze die frühzeitige Behandlung Krankheitsverläufe und reduziere damit Arbeitsausfälle.

Die Versicherungsbeiträge der Unternehmen sind bislang allerdings zu gering, um umfänglich alle nötigen Ausgaben zu decken. Deshalb bleibt das Projekt auf externe Zuschüsse wie die von medico angewiesen. Die Strategie von GK sieht daher vor, noch mehr Unternehmen für das Modell zu gewinnen und dadurch kostendeckender arbeiten zu können. Die naheliegende Lösung, die Beiträge zu erhöhen, erweist sich bislang als schwer umsetzbar, da die Unternehmen dann auf andere Versicherer ausweichen würden. Unabhängige Evaluationen haben ergeben, dass sich die Arbeiter:innen eine Ausweitung der Versicherungsleistungen wünschen.

Macht das Modell Schule?

Das Modell von GK zeigt, dass es gehen kann. Um die Gesundheitsversorgung im Land allerdings für möglichst viele substanziell zu verbessern, sind verbindliche Regelungen der Arbeitsbehörden unbedingt notwendig. Hierfür müssen die geringen Versicherungsbeiträge der Unternehmen im Textilsektor und darüber hinaus schrittweise angehoben werden. Tatsächlich hat die Reformkommission für das Gesundheitswesen, die von der Übergangsregierung nach dem Sturz der Awami League im Sommer 2024 eingesetzt wurde, gute Vorschläge zur Stärkung des öffentlichen Gesundheitssektors gemacht. Das ist auch der Einflussnahme und Lobbyarbeit von GK zu verdanken. Allerdings erinnern die Aktiven zu Recht daran, dass GK solche Vorschläge schon vor 30 Jahren eingebracht hat und sie in dem heute weitgehend privatisierten Gesundheitssystem des Landes noch schwieriger zu realisieren sein werden als damals. Es bleibt dabei: Kleine Schritte sind schön und gut, aber große notwendig.



Dr. Andreas Wulf ist bei Referent für globale Gesundheit und kritische Hilfe. Er kennt GK seit zwanzig Jahren. Gemeinsam mit dem medico-Kollegen Felix Litschauer hat er im letzten Jahr Bangladesch und das Solidarprojekt von GK besucht.

GIBT RÜCKENDECKUNG: DIE MEDICO-STIFTUNG



Die Stiftungsbroschüre „Inseln der Vernunft schaffen“ ist über medico kostenfrei bestellbar.

Die im vorigen Beitrag beschriebene Krankenversicherung für Textilarbeiter:innen in Bangladesch hat auch eine Entscheidung ermöglicht, die medico im Jahr 2004 traf. In diesem Jahr wurde die medico-Stiftung gegründet – mit dem seinerzeit noch utopischen Ziel, die Unabhängigkeit der medico-Arbeit dauerhaft abzusichern und kritische Debatten auch bei politischem Gegenwind zu fördern. Wie weitsichtig das damals war, erweist sich heute mehr denn je – angesichts des weltweit erstarkenden Autoritarismus und der auch hierzulande schwindenden Räume.

In diesen bleiern wie bedrohlichen Zeiten kann die Stiftung mit ihrem wachsenden finanziellen Fundament der Arbeit von medico und den Partnerorganisationen Rücken- deckung geben. Dank zahlreicher Zustiftungen war sie nicht nur in der Lage, das medico-Haus im Frankfurter Osthafen zu bauen und damit dem Verein sowie weiteren Organisationen ein sicheres Domizil zu schaffen, in dem die Stadtöffentlichkeit zu diversen Veranstaltungsforma- ten zusammenkommen kann. Mit den Erträgen aus dem heute deutlich über 30 Millionen Euro starken Stiftungsvermögen kann sie inzwischen auch jedes Jahr rund 20 medico-Pro- jekte in aller Welt mitfinanzieren, darunter die solida- rische Gesundheitsversicherung von Gonoshasthaya Kendra in Bangladesch.

Neben der Förderung von medico-Projekten initiiert und organisiert die Stiftung gesellschaftspolitische Debatten zu drängenden Fragen. Am 7. und 8. Mai 2026 wird das nächste Stiftungssymposium „Kalte Zeit – Zur Ambivalenz der Empathie“ stattfinden. Natürlich im medico-Haus.

Mit jeder Zustiftung wächst die Unabhängigkeit und Absicherung der medico-Arbeit. Mehr Infos finden Sie unter stiftung-medico.de.

medico aktiv

Gesicht zeigen

Gesundheitspersonal für Gaza

„Wir alle haben einen Beruf gewählt, der dem Schutz von Gesundheit und Leben verpflichtet ist“ heißt es in einem Aufruf, den Ärzt:innen, Pflegende, Therapeut:innen, Studierende und Auszubildende des deutschen Gesundheitssystems veröffentlicht haben. Mit der Kampagne „Wir zeigen Gesicht für Gaza“ machen sie auf die katastrophale Gesundheitsversorgung in Gaza aufmerksam und ermutigen Kolleg:innen, sich solidarisch mit dem Gesundheitspersonal in Gaza zu zeigen. Mehr als die Hälfte aller Kliniken und Gesundheitszentren wurden dort durch israelische Bombardierungen zerstört. Die Versorgung chronisch Kranker ist durch die Blockade dringend benötigter Medikamente nahezu zusammengebrochen, der Wiederaufbau eines funktionierenden Gesundheitssystems in Gaza wird Jahrzehnte dauern. Diese Verbrechen verstoßen gegen das Völkerrecht und die Genfer Konventionen, die Zivilist:innen und medizinisches Personal in bewaffneten Konflikten schützen sollen. Eine Aufarbeitung muss stattfinden. medico unterstützt die Kampagne.



Es gab zahlreiche Fotoaktionen für die Kampagne.

Wer schadet, der haftet

Pakistanische Bäuer:innen fordern Schadensersatz

„Wir, die wir am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, verlieren unsere Häuser und Existenzgrundlage, während Konzerne im reichen Norden weiter Profite einfahren“, sagt Abdul Hafeez Khoso auf der Pressekonferenz des „Klima Kosten Falls“ Ende Oktober. Mit 42 weiteren Bäuer:innen aus Pakistan nimmt er deswegen jetzt die Verursacher der Klimakrise in die Verantwortung. medico und der ECCHR unterstützen die Klage und die sie begleitende Kampagne. Gemeinsam fordern sie Schadensersatz von RWE und Heidelberg Materials für die ihnen entstandenen Klimaschäden durch die Überschwemmungen 2022. Damals wurden nach Extremregen Millionen von Menschen vertrieben, ihre Häuser und Ernten zerstört und ihre hart erarbeitete Lebensleistung hinweggespült. Es ist die erste Schadensersatzforderung gegen deutsche Konzerne dieser Art. Sie könnte dazu beitragen, dass umweltschädliche Geschäftsmodelle zukünftig nicht mehr profitabel sind. Die von medico-Partnern unterstützten Bäuer:innen Abdul Hafeez Khoso, Javed Ali und Badarunisa sind nach Deutschland gereist und treffen hier auf Menschen, die sich für Klimagerechtigkeit einsetzen. Einig sind sich alle: Weltzerstörer gehören vor Gericht.

climatecostcase.org

Schaut auf dieses Land

El Salvador: Stimmen aus dem Ausnahmezustand

Lange kontrollierten Gangs ganze Stadtviertel in El Salvador, erpressten Schutzgeld und töteten. Seitdem vor über drei Jahren der Ausnahmezustand verhängt wurde, sei El Salvador das sicherste Land der Welt, behauptet Präsident Bukele. Ein ganz anderes Bild zeichnen Ende September der Menschenrechtsverteidiger Samuel Ramírez, die Umweltaktivistin Gabriela Solórzano und der ins deutsche Exil geflohene Journalist Victor Peña bei einer Veranstaltung im medico-Haus: Zehntausende wurden als mutmaßliche Bandenmitglieder verhaftet und all ihrer Rechte beraubt, mehr als 500 Menschen starben bereits infolge der unmenschlichen Haftbedingungen. Und längst stehen auch Menschenrechts- und Umweltaktivist:innen im Fokus der Repression, genauso wie Journalist:innen. „Wer Menschenrechtsverletzungen oder Umweltfolgen anprangert, wird verfolgt“, so Solórzano. Längst gibt es keine nennenswerte parlamentarische Opposition mehr in El Salvador, doch indigene Gruppen wehren sich gegen die Wiederaufnahme des zerstörerischen Bergbaus und Angehörige demonstrieren für die Freilassung der unrechtmäßig Inhaftierten. Es sei, so der Tenor im medico-Haus, zurzeit besonders wichtig, auf El Salvador zu schauen.

Spenden & Stiften

In krisenhaften Zeiten braucht es Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung: **medico** und die Partnerorganisationen weltweit sind nicht ohne kritische Wegbegleiter:innen zu denken. Mit einer Spende, Fördermitgliedschaft oder Zustiftung können Sie unsere Arbeit solidarisch unterstützen. Vielen Dank!

Spende an „medico international“ – da, wo es am nötigsten ist, oder mit einem themenbezogenen Spendenstichwort.

Spendenaktionen selber planen und im Freundeskreis sammeln oder **Spenden verschenken!**

Sie erhalten automatisch eine **Jahresspendenbescheinigung**. Auf Wunsch stellen wir auch direkt eine Einzelspendenbescheinigung aus.

Ausführliche Informationen finden Sie unter: **medico.de/spenden**

FÖRDERMITGLIEDSCHAFT: Ihre Fördermitgliedschaft ermöglicht es uns, mit unseren Partnerorganisationen weltweit langfristig und nachhaltig zusammenzuarbeiten. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken.

medico.de/foemi

STIFTER:IN WERDEN: Mit einer Zustiftung oder einem Darlehen an die medico-Stiftung ist Ihr Geld solidarisch im Einsatz und sichert die Unabhängigkeit von medico. Die Stiftung fördert aus ihren Erträgen jährlich viele Partnerorganisationen des medico-Vereins.

stiftung-medico.de

TESTAMENTSPENDE: Sie können sowohl den Verein als auch die Stiftung medico international testamentarisch oder durch eine Zuwendung aus ererbten Vermögen bedenken. Beide medico-Organisationen sind als gemeinnützig anerkannt und dadurch von der Erbschafts- und der Schenkungssteuer befreit.



SPENDENKONTO MEDICO INTERNATIONAL DE69 4306 0967 1018 8350 02

MIT MEDICO IN KONTAKT

Umzug, Bankänderung oder eine neue E-Mail-Adresse? Online eintragen und mit medico in Kontakt bleiben:

medico.de/spendenservice

FRAGEN & ANREGUNGEN:

Vivien Kaplan & Mirjam Kuchinke

Zentrale und Kommunikation

Tel.: [069] 944 38-0, info@medico.de

SPENDEN & KOMMUNIKATION:



Gudrun Kortas

Beratung zu Zustiftungen und Testamentsspenden

Tel.: [069] 944 38-28

kortas@medico.de



Janne Reuver

Spender:innenkommunikation

Tel.: [069] 944 38-64

reuver@medico.de



Johannes Richter

Spender:innenkommunikation

Tel.: [069] 944 38-71

richter@medico.de



Carlos dos Santos

Spendenverwaltung und Geldauflagen

Tel.: [069] 944 38-52

spenden@medico.de

IN VERBINDUNG BLEIBEN

Das medico-rundschreiben erscheint viermal im Jahr und kann kostenlos abonniert werden. Im Blog mischen wir uns in Debatten ein. Unser Newsletter hält Sie auf dem Laufenden, über unseren Telegram-Kanal bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy und in den sozialen Medien finden Sie uns auf der Plattform Ihrer Wahl.

medico.de/verbinden



BESTELLEN & VERBREITEN

Bestellen Sie kostenlos das medico-rundschreiben sowie aktuelle Broschüren, Plakate und Flyer – gerne auch in größerer Stückzahl zum Auslegen und Verteilen.

Auf unserer Website finden Sie alles zum Bestellen oder Herunterladen:

medico.de/material



KEIN ZUCKERBROT BEIM GARTENFEST

Blick zurück: das rundschreiben 4/2000



„Die Kürzung der öffentlichen Entwicklungshilfe ist ein Verbrechen.“ Und: „Ich begrüße die weltweit zunehmende Besorgnis über Themen wie Gleichheit und Armut.“ Solche Sätze hätten im Herbst 2000 viele sagen können. Sie stammen allerdings von James Wolfensohn, seinerzeit Präsident der Weltbank – einer jener Institutionen, die seit Jahrzehnten neoliberale „Strukturanpassungsprogramme“ vorantrieb. Was war da los? Unübersehbar waren die Verheerungen, die diese Form der Globalisierung anrichtete, indem sie die Kluft zwischen Arm und Reich vertiefte. Unübersehbar war auch, dass sich weltweit Widerspruch regte. Erst wenige Monate zuvor hatte die Konferenz der Welthandelsorganisation angesichts der „Schlacht von Seattle“ abgebrochen werden müssen. Nun stand ein Treffen von Weltbank und IWF in Prag an und wieder drohte Aufruhr.

Wolfensohns Windungen sollten Legitimation schaffen und die Bewegung spalten. So luden IWF und Weltbank Vertreter*innen von NGOs zu ihrer Tagung ein, während sich das Militär um den Protest kümmerte. Das medico-rundschreiben stellte fest: „Zuckerbrot für die NGOs, Peitsche für die Straße“. Und weiter: „Man braucht wahrlich nicht sonderlich rebellisch zu sein, um einzusehen, daß der Platz von menschenrechts- und entwicklungspolitischen Nicht-Regierungs-Organisationen nicht beim Gartenfest auf dem Hradschin, sondern auf der Straße, im erklärten Nicht-Regierungs-Lager zu suchen ist!“

Dieses Lager war breit. Zu Gipfelstürmen bliesen militante Aktionsgruppen, kritische Gewerkschaften und friedensbewegte Kirchenleute. Hinzu kamen junge Bündnisse wie die Entschuldungskampagne Jubilee 2000 oder ATTAC. Die Heterogenität war sowohl Stärke als auch Schwäche. Vernetzung tat Not. Für eine Globalisierung von unten setzte sich medico ein, sei es im Netzwerk Health Action International, bei internationalen Kampagnen für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika oder rund um den Handel mit „Konfliktrohstoffen“. Eines gelang, zumindest vorübergehend: Der Widerstand wuchs. Wenige Monate nach Wolfensohns warmen Worten erreichte die globalisierungskritische Bewegung in Europa beim G8-Gipfel in Genua mit 300.000 Teilnehmenden ihren Höhepunkt.



Das rundschreiben erscheint seit 1982, Ausgaben seit 1999 finden sich digital unter medico.de/rundschreiben-archiv

+++ SAVE THE DATE +++ SAVE THE DATE +++ SAVE THE DATE +++



NOVEMBER 2025

Sonntag, 30.11. | 11 Uhr | München

Benefizkonzert Make Freedom Ring

Münchner Künstlerhaus



DEZEMBER 2025

Freitag, 05.12. und Samstag, 06.12. | Zürich

Der große Kanton – Rise & Fall of the BRD

ETHZ und Kunsthaus Zürich



JANUAR 2026

Freitag, 16.01. | 19 Uhr | Hamburg

Koloniale Kontinuitäten –

Der Kampf um Bewegungsfreiheit im Spiegel der Zeit

Kampnagel



MÄRZ 2026

Montag, 16.03. und Dienstag, 17.03. | Berlin

Kongress Armut und Gesundheit 2026

„Gesundheit ist politisch!“

Freie Universität Berlin



MAI 2026

Donnerstag, 07.05. und Freitag, 08.05. | Frankfurt

Symposium der Stiftung medico international

Kalte Zeit – Zur Ambivalenz der Empathie

unten im medico-Haus



Alle Termine: medico.de/veranstaltungen

